

Die Mit- arbeit

MONATSHEFTE DER AKTION EVANGELISCHER ARBEITNEHMER

INHALT:

Werner Steinjan:

Neuheit: Tausche Freiheit gegen
Sicherheit S. 1

Christliche Antworten auf die soziale Frage

Paul Jostock:

Ein Jahrhundert sozialer Katholizismus
in Deutschland S. 6

Fritz Rudolph:

Das Kind im Labyrinth der Partei-
politik S. 9

Gustav Ross:

Der Drang nach persönlicher Freiheit S. 14

Martin Koller:

Sand im Getriebe S. 19

Unser Kommentar

Waren alle Verhandlungsmöglichkeiten
ausgeschöpft?
Eine kritische Betrachtung der Streik-
periode in der Bundesrepublik S. 21

Das Wort

Knechte und Herren S. 25

Das neue Buch S. 27

Bemerkenswerte Filme

„Schicksalswende“ und „Fußballwelt-
meisterschaft 1954“ S. 29

Wir wollen Sie informieren S. 31

Aktuelles aus der Sozialpolitik S. 33

Aus der Aktionsgemeinschaft S. 36

Unsere Leser haben das Wort S. 38

Zeit gegen Sicherheit

Wohlfahrtsstaat — ein Problem

...wierigkeiten zu kämpfen hatte und das
da rief der Verband nach einer staat-
rößeren Schaden zu verhindern. Offen-
mer mit ihren eignen Problemen nicht
geren und ausgefeilteren Ordnung, als
lie Bundesregierung denn sonst da?! —
en. Zwei Wochen nach der Hochwasser-
Mitteln etwa 500 000 DM aufgebracht
der Staat sorgen. Wir haben uns daran
wir keine Arbeit, keine Wohnung, die
atz, der Rhein zu viel Bakterien und
Und das sind nur ein paar Beispiele. Es
ben wir freiwillig-unfreiwillig an den
atie wir im gleichen Atemzuge be-
oparat, die schwindende Bedeutung des
schon nach der unkündbaren Stellung
Rentenansprüchen. Wir wollen
ür Fremde Unabhängigkeit.

es zu allen Zeiten gegeben. Im Al-
genen und vor 100 Jahren sprach Marx
zu verlieren hätten. Die Abhängigkeit
all immer wieder nachdrücklich ins Ge-
unseren wohlorganisierten, modernen
wegen eventueller Mißernten. Die
freier gemacht. Unsere Techniker, von
organisatoren, haben Hervorragendes
cht örtliche Schäden schnell aus.
Mißernte Hunger. Wenn heute nur das
Sorge zu haben. Wenn das System
n mitten der Zerstörungen spürten wir
ängig sind, wie wenig wir selbst zu
nen. Wir fuhren wegen eines Sackes
en, wir quälten und rackerten uns ab;
System wieder funktioniert. Und dabei
politik eine so zerstörerische Wirkung.
schaft auf Hochtouren, und 1932 lagen

Ist das nicht geradezu paradox? Eigentlich keitsfeld den Gewerkschaften überlassen, vertretung vor den Arbeits- und Sozialg bearbeiter.

Wenn man anführt, daß vor 1933 die christliche Funktion in der Prozeßvertretung du daß die Christlichen Gewerkschaften eine Standesvereinen hatten, die in einer Eir möglich ist. Auch wurden diese Prozeßvertr Mann gestanden. Zum Beispiel hatten die vertretung vor den Oberversicherungsämte vertreter sich auf arbeitsrechtliche Vertret aktiv in konfessionellen Standesvereinen s lung sich überholt hat und die konfession ihre Mitglieder weltanschaulich, politisch u und zu festigen, damit sie in der Lage si mit den großen tragenden Ideen und G bereichern. Da liegt m. E. das Aufgabenge nicht darin, in der sozialpolitischen Praxis

Wiederum zu dem gleichen Artikel nimmt a Stellung. Er wendet sich gleichfalls gegen di organisationen darin liegt, vor den Arbeitsg zu übernehmen. Nach seiner Meinung bedeut gewerkschaftliche Aufgaben. Sein Beitrag gi und die christlichen Standesorganisationen, gearteten Aufgabengebieten ergeben, anzue „Zweifellos räumt das neue Arbeitsgericht den Arbeitsgerichten zu vertreten, christl icken Standesorganisationen sollten abe Gebrauch machen. Die Aufgabe christlich Charakter. Übernehmen sie die Prozeßver damit zwangsläufig in ureigenen gewerks lichen Arbeitersekretäre ü ihre Tätigk Es dürfte müßig sein darüber zu ve die Gewerkschaft missionarische Aufga für christliche Standesorganisationen, gew sei dem Bekenntnis zur Einheitsgew Arbeiter, der Gewerkschaftsmitglied Diejenigen, die einen Rechtsschut n, beanspruchen praktisch Rechte, für ändern nach dem Grundsatz „Regnet es ir auch“. Niemand kommt auf den Gedanken langen, von der Gewerkschaft verlangt r in Not, sind die Gewerkschaften auch ein der Eintritt zur Gewerkschaft erklärt wu sehr oft enttäuscht. Tarifstreitigkeiten kör christlichen Standesorganisationen vertre Tarifansprüche sind Ansprüche der Tarifp Begrenzung eventueller Rechtsschutztätigl Die Aufgabe christlicher Standesvereine s schaft hinzuführen, damit innerhalb der nicht Arbeitnehmer von der Gewerkscha christliche Arbeitnehmer könnten sich in de

VERLAG HERBERT RENNER



**Informationsorgan der Evan-
gelischen Aktionsgemeinschaft
für Arbeiterfragen**

Herausgeber: Gerhard Heilfurth

Verlag: Herbert Renner, Berlin-Grunewald, Koenigsallee 40 · Für die Redaktion ver-
antwortlich: Manfred Vierkorn · Anschrift
der Redaktion: Friedewald über Betz-
dorf/Sieg, Evangelische Sozialakademie,
Fernruf Daaden 359 · Graphische Gestal-
tung: Rudi Wagner, Berlin · Druck: Mittag
& Co., Berlin-Lichterfelde, Drakestr. 34 · An-
zeigenverwaltung: Naumann & Co., Gum-
mersbach Bez. Köln, Postfach 94, Bahnhof-
straße 5-7, Ruf 2416 · Erscheint einmal im
Monat. Preis für das Einzelheft: DM —,90
zuzüglich Zustellgebühren · Bestellungen
beim zuständigen Postamt und beim Ver-
lag Herbert Renner, Berlin-Grunewald,
Koenigsallee 40 · Für unverlangt einge-
sandte Manuskripte wird keine Gewähr
übernommen · Die mit Namen gezeichneten
Artikel geben nicht unbedingt die Mei-
nung des Herausgebers und der Schrift-
leitung wieder.

Neiheit:

WERNER STEINJAN

Tausche Freiheit gegen Sicherheit

Der moderne Wohlfahrtsstaat — ein Problem

Als kürzlich ein Industriezweig mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und das Wort von der ruinösen Konkurrenz fiel, da rief der Verband nach einer staatlichen Regelung des Wettbewerbes, um größeren Schaden zu verhindern. Offensichtlich wurden also die freien Unternehmer mit ihren eignen Problemen nicht fertig. So rufen wir nach einer noch strengeren und ausgefeilteren Ordnung, als wir sie ehedies schon haben — wozu ist die Bundesregierung denn sonst da?! — und das Chaos wird noch schlimmer werden. Zwei Wochen nach der Hochwasserkatastrophe in Bayern sind an privaten Mitteln etwa 500 000 DM aufgebracht worden. Für die restlichen Millionen wird der Staat sorgen. Wir haben uns daran gewöhnt, nach dem Staat zu rufen, wenn wir keine Arbeit, keine Wohnung, die Industrie zu wenig Rohstoffe oder Absatz, der Rhein zu viel Bakterien und unsere Kinder nicht genug Zucht haben. Und das sind nur ein paar Beispiele. Es ist jedenfalls erstaunlich, wieviel Aufgaben wir freiwillig-unfreiwillig an den gleichen Staat abtreten, dessen Bürokratie wir im gleichen Atemzuge beschimpfen. Wir beklagen uns über den Apparat, die schwindende Bedeutung des einzelnen, aber mit 15 Jahren fragen wir schon nach der unkündbaren Stellung im sicheren Betrieb und mit 19 Jahren nach den Rentenansprüchen. Wir wollen totale Sicherheit und zahlen als Preis dafür Freiheit und Unabhängigkeit.

I.

Von Menschen abhängige Menschen hat es zu allen Zeiten gegeben. Im Altertum die Sklaven, im Mittelalter die Leibeigenen und vor 100 Jahren sprach Marx davon, daß die Arbeiter nur ihre Ketten zu verlieren hätten. Die Abhängigkeit von der Natur wird uns zwar im Einzelfall immer wieder nachdrücklich ins Gedächtnis gerufen, aber wir haben heute in unseren wohlorganisierten, modernen Industriestaaten nur noch wenig Sorge wegen eventueller Mißernten. Die industrielle Revolution hat uns materiell freier gemacht. Unsere Techniker, von den Ingenieuren bis zu den Wirtschaftsorganisatoren, haben Hervorragendes geleistet, ein weitverzweigtes System gleicht örtliche Schäden schnell aus. Noch vor hundert Jahren bedeutete eine Mißernte Hunger. Wenn heute nur das System funktioniert, brauchen wir keine Sorge zu haben. Wenn das System klappt! In den Jahren 1945—1946—1947 inmitten der Zerstörungen spürten wir etwas davon, wie sehr wir erneut abhängig sind, wie wenig wir selbst zu unserem eigenen Schicksal beitragen können. Wir fuhren wegen eines Sackes Kartoffeln von Duisburg nach Niedersachsen, wir quälten und rackerten uns ab; aber besser geht es uns erst, seitdem das System wieder funktioniert. Und dabei hatten nicht nur Bomben und Besatzungspolitik eine so zerstörerische Wirkung. Im Jahre 1929 arbeitete die deutsche Wirtschaft auf Hochtouren, und 1932 lagen

Neiheit!

WERNER STEINJAN

Tausche Freiheit gegen Sicherheit

Der moderne Wohlfahrtsstaat — ein Problem

Als kürzlich ein Industriezweig mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und das Wort von der ruinösen Konkurrenz fiel, da rief der Verband nach einer staatlichen Regelung des Wettbewerbes, um größeren Schaden zu verhindern. Offensichtlich wurden also die freien Unternehmer mit ihren eignen Problemen nicht fertig. So rufen wir nach einer noch strengeren und ausgefeilteren Ordnung, als wir sie ehedies schon haben — wozu ist die Bundesregierung denn sonst da? — und das Chaos wird noch schlimmer werden. Zwei Wochen nach der Hochwasserkatastrophe in Bayern sind an privaten Mitteln etwa 500 000 DM aufgebracht worden. Für die restlichen Millionen wird der Staat sorgen. Wir haben uns daran gewöhnt, nach dem Staat zu rufen, wenn wir keine Arbeit, keine Wohnung, die Industrie zu wenig Rohstoffe oder Absatz, der Rhein zu viel Bakterien und unsere Kinder nicht genug Zucht haben. Und das sind nur ein paar Beispiele. Es ist jedenfalls erstaunlich, wieviel Aufgaben wir freiwillig-unfreiwillig an den gleichen Staat abtreten, dessen Bürokratie wir im gleichen Atemzuge beschimpfen. Wir beklagen uns über den Apparat, die schwindende Bedeutung des einzelnen, aber mit 15 Jahren fragen wir schon nach der unkündbaren Stellung im sicheren Betrieb und mit 19 Jahren nach den Rentenansprüchen. Wir wollen totale Sicherheit und zahlen als Preis dafür Freiheit und Unabhängigkeit.

I.

Von Menschen abhängige Menschen hat es zu allen Zeiten gegeben. Im Altertum die Sklaven, im Mittelalter die Leibeigenen und vor 100 Jahren sprach Marx davon, daß die Arbeiter nur ihre Ketten zu verlieren hätten. Die Abhängigkeit von der Natur wird uns zwar im Einzelfall immer wieder nachdrücklich ins Gedächtnis gerufen, aber wir haben heute in unseren wohlorganisierten, modernen Industriestaaten nur noch wenig Sorge wegen eventueller Mißernten. Die industrielle Revolution hat uns materiell freier gemacht. Unsere Techniker, von den Ingenieuren bis zu den Wirtschaftsorganisatoren, haben Hervorragendes geleistet, ein weitverzweigtes System gleicht örtliche Schäden schnell aus. Noch vor hundert Jahren bedeutete eine Mißernte Hunger. Wenn heute nur das System funktioniert, brauchen wir keine Sorge zu haben. Wenn das System klappt! In den Jahren 1945—1946—1947 inmitten der Zerstörungen spürten wir etwas davon, wie sehr wir erneut abhängig sind, wie wenig wir selbst zu unserem eigenen Schicksal beitragen können. Wir fuhren wegen eines Sackes Kartoffeln von Duisburg nach Niedersachsen, wir quälten und rackerten uns ab; aber besser geht es uns erst, seitdem das System wieder funktioniert. Und dabei hatten nicht nur Bomben und Besatzungspolitik eine so zerstörerische Wirkung. Im Jahre 1929 arbeitete die deutsche Wirtschaft auf Hochtouren, und 1932 lagen

Millionen auf der Straße! Fleiß und Arbeitswille nützten nichts. Die einen verloren ihren Arbeitsplatz, die anderen machten Konkurs. Sich selbst helfen konnte keiner. Erst als der Staat eingriff, wurde es wieder besser und das bewirkte nicht erst Hitler mit seiner Kriegspolitik. Im reichen Amerika liefen die Dinge nicht anders. Es nützt nichts, einen Beruf erlernt zu haben, arbeiten zu wollen, wenn es keine Arbeitsplätze gibt. Wer aber kann sich schon seinen Arbeitsplatz selbst schaffen? Die moderne Wirtschaft hat uns von der Natur unabhängiger gemacht; aber bei Arbeitsüberangebot und fehlender Arbeitslosenunterstützung würde sie die Freiheit des Hungertodes bedeuten. Das haben wir erfahren und für Millionen bedeutet deshalb die Sicherheit mehr als die Freiheit, die gesicherte Sozialversicherung mehr als die freie Konkurrenz. Unsere moderne Wirtschaft kann nur unter Einsatz sehr großer Mittel rationell arbeiten, Massenproduktion für Massenverbrauch, ein Räderwerk, in dem der einzelne nur noch ein auswechselbares Rädchen ist, nicht mehr!

II.

Um des größten Glückes der größten Zahl willen zogen vor 100 Jahren Menschen in den Kampf, und unter Glück verstanden sie ausreichende Versorgung mit materiellen Gütern. Wir sind inzwischen etwas bedenklicher geworden, Geld mit Glück gleichzusetzen, aber den Einwirkungen der großen Zahl können wir uns kaum entziehen. Wir leben in der Masse, und wir denken in der Masse. Wir haben uns daran gewöhnt, in Statistiken zu denken. Was ist schon ein Bergmann? Aber 680 000 Bergleute — darüber läßt sich eher reden. Und selbst die Gemeinde Christi verfällt der Gefahr, zuviel von den 650 000 auf der Rosenthalwiese in Leipzig zu reden. Uns imponiert die große Zahl und oben-drein ist sie praktisch. Je mehr Volkswagen, je mehr Zahnbürsten, je mehr Schweine produziert werden bzw. auf den Markt kommen, um so billiger werden sie. Das ist ein einfaches Kostengesetz, das Gesetz der Massenproduktion, und da auch geistige Produkte verkauft werden, macht es nicht etwa bei Seifenschalen halt. Wir hören zu Millionen das gleiche Radioprogramm und berauschen uns im gleichen Augenblick am Sieg der deutschen Fußball-Mannschaft in Bern, wir lesen auch ohne Propagandaministerium oft die gleichen Artikel und unsere Kinder haben dank Walt Disney alle die gleiche Vorstellung davon, wie Schneewittchen aussieht. Je gleichmäßiger unsere Ansprüche sind, um so billiger können sie erfüllt werden. Dem größten Glück der größten Zahl steht kaum mehr etwas entgegen. Wir sind auswechselbar als Konsument und als Produzent, als Rädchen einer großen Maschine. Wir leisten als Spezialisten Erstaunliches. Vieles, was uns heute selbstverständlich geworden ist, wäre ohne die mehr und mehr verfeinerte Arbeitsteilung gar nicht denkbar. Wehe uns aber, wenn wir nicht mehr einsetzbar sind, wenn unser Typ Rädchen nicht mehr gebraucht wird. Dann ist der moderne Massenmensch die personifizierte Hilflosigkeit und auf die organisierte Hilfe angewiesen. Ein Ausscheren aus dem Gesellschaftsverband können sich die freien Industriebürger des 20. Jahrhunderts jedenfalls nicht leisten. Es ist daher verständlich, wenn sie alles tun, um drin zu bleiben, alles, auch wenn sie auf ihre Freiheit verzichten müssen.

III.

Nun heißt Freiheit gewiß nicht Anarchie. Die Gesellschaft in Form, das ist der Staat. Die liberale Ordnung sah die Aufgaben dieses Staates nur darin, die Rechtsordnung zu setzen und zu bewahren. Die Ordnung aber war von Menschen

eingerrichtet, die auf der Sonnenseite des Lebens standen und verhindern wollten, daß der Platz durch die von der Schattenseite beengt wurde. Man kann es deshalb Lenin gar nicht übel nehmen, daß er das Recht als ein Instrument des Klassenkampfes definierte, wenn man daran denkt, daß seinerzeit in den Armen-gesetzen nicht mehr und nicht weniger versucht wurde, als die Not zu verbieten. Offensichtlich waren die wirtschaftlichen Fakten dem Bewußtsein der Menschen und der Rechtsordnung weit vorausgeeilt. Der Staat setzte Rechtsverhältnisse, aber die den Staat leiteten, sahen nicht früh genug, daß es nicht genügte, nur Schranken für den freien Wettbewerb zu schaffen. Die Vision der sich selbst regulierenden Wirtschaft wurde zur Utopie, als Mammutkonzerne und Monopol-vereinigungen begannen, den Markt zu beherrschen. Um sich gegen diese Macht-gruppierungen zur Wehr zu setzen, mußten sich die anderen ebenfalls zusammen-schließen. Monopol steht gegen Monopol. Die heilenden Kräfte der Wirtschaft aus der freien Konkurrenz werden lahmgelegt. Es kommt immer weniger darauf an, der Tüchtigste zu sein, sondern vielmehr der richtigen Gruppe anzuge-hören. Als dann all diese Gruppen aus dem Niedergang der 30er Jahre nicht herausfinden konnten, brauchte eine tüchtige Bürokratie nur noch zuzugreifen, ja sie mußte zugreifen, um die Katastrophe zu verhindern.

Der Staat hat auch schon früher fördernd oder verhindernd in die Wirtschaft eingegriffen. Jetzt muß er die volle Verantwortung übernehmen. Die Ereignisse nach dem Zusammenbruch der Danatbank im Sommer 1931 sind nur ein äußeres Zeichen dafür, daß das gedachte Gegenüber von Staat und Wirtschaft nicht mehr existiert. Bürokratie regelt den Machtausgleich zwischen Bürokratien. Die Idee vom totalen Staat fällt auf fruchtbaren Boden und eines Tages heißt es: Du bist nichts, Dein Volk ist alles! Kein Wunder, daß die von Inflation und Krise geschüttelten Menschen zunächst einmal froh sind, wieder Arbeit und äußerlich stabile Verhältnisse zu haben. Wenn es um die bloße Existenz geht, ist man nicht bereit, sich all zu viel Kopfschmerzen um den Verlust demo-kratischer Rechte zu machen.

Der totale Staat zieht nicht nur in Deutschland, in Italien, in Rußland, sondern auch in Frankreich, in England und in den Vereinigten Staaten immer mehr Aufgaben an sich; seine Bürger drängen sie ihm geradezu auf. Es ist sehr viel bequemer, die Organisation sorgen zu lassen, als selbst Verantwortung zu tragen. Wir leiden alle mehr oder weniger unter der „Lagermentalität“. Die zuständige Stelle sorgt dafür, daß wir schlafen, essen, uns waschen, und wenn sie tüchtig ist, bewegt sie uns auch noch körperlich und kulturell. Das Ganze nennt man dann Betreuung. Warum sollen wir uns nicht betreuen lassen?

Es wäre gewiß eine Milchmädchenrechnung, die öffentlichen Aufgaben von 1854 mit den öffentlichen Aufgaben von 1954 zu vergleichen. Die industrielle Revo-lution hat die Welt zu sehr verändert, um noch mit dem gleichen Apparat aus-zukommen. Der einzelne kann wirklich nicht mehr allein für seine Wohlfahrt sorgen. Er braucht die Hilfe der organisierten Gesellschaft, in der er nur noch Teilchen ist, so wie er darauf angewiesen ist, daß die Gesellschaft ihn braucht. Es gibt keine Alternative mehr zum Wohlfahrtsstaat, sondern nur noch ver-schiedene Auffassungen über seine Funktionen. Und wie ist es dann mit dem Rentenbürger? Ist die freie Persönlichkeit nicht mehr Alternative, sondern nur noch theoretisches Modell von Lehrbüchern? Die Idee, daß der Staat die höchste denkbare Ordnung überhaupt sei, wurde zwar im 14. Jahrhundert geboren, richtig praktiziert wurde sie aber erst in unserer Zeit.

IV.

Wir können jetzt nicht mehr einfach vom „Freien Westen“ reden, einer Freiheit, die nur in einem sehr eng umschriebenen politischen Bezirk existiert — und auch da nur bedingt. Man braucht nur an die modernen Mittel der Massenbeeinflussung zu erinnern und dann noch einmal über die politische Freiheit des einzelnen nachzudenken. Wir müssen jetzt ganz radikal vom Massenstaat reden, der sich von Ost nach West nur noch in den Schattierungen unterscheidet, Schattierungen allerdings, die immer noch entscheidend sind.

Die moderne Massengesellschaft ist ohne staatliche Ordnung nicht lebensfähig, der einzelne außerhalb der Gruppe hilflos. Über die Gemeinschaft hinaus müssen die Gesellschaft und ihre Teile für die Wohlfahrt ihrer Glieder sorgen. Die Frage ist, wie weit geht diese Fürsorge? Hört sie bei der Arbeitslosenfürsorge auf, oder geht sie über Radioprogramm und Leitartikelzensur bis hin zum Schulgesetz? Wird die Entmündigung der Staatsbürger als bittere Notwendigkeit in Teilbereichen empfunden oder als bequemer Weg, den man gerne fortzusetzen bereit ist? Über die Freiheit gibt es keine Vorschriften. Sie ist eine Aufgabe, nicht eine Berechtigung. Der Wille, frei zu sein, ist mehr wert, als die schönsten Artikel der Verfassung. Auf die Menschen kommt es an, natürlich, und die Menschen sind bequem. Deshalb auch ist die brutale Diktatur auf die Dauer weniger gefährlich, als die geräuschlos und gefällig arbeitenden totalen Bürokratien. Unter der blutigen Tyrannis hören wir auf, freie Bürger zu sein, unter der ganz rechtsstaatbewußten Tyrannis der Bürokratie verkümmert ganz unter der Hand unser Wille zur Freiheit. Wir merken es nicht und klatschen Beifall zum eigenen Bankrott. — „Die Zeit“ vom 22. 7. 54 schrieb: „Während der auf-

Ein einfacher und bequemer Weg
zur Kariesprophylaxe
ist die tägliche Anwendung der

BiOX-Fluor-Zahnpasta



Fluor härtet den Zahnschmelz
schützt vor Karies

BiOX G.m.b.H., Ludwigshafen am Rhein

opfernde Einsatz der uniformierten Helfer — deutscher, amerikanischer und russischer — bei der Flutkatastrophe hohes Lob verdient, kann man dies von den Zivilisten nicht immer behaupten. Scharen müßiger Neugieriger, die von weit her, oft in Sonderomnibussen, herbeiströmten, behinderten, wie das bayerische Rote Kreuz sagt, durch ihren ‚massierten Einsatz‘ die Rettungsarbeiten. Auch innerhalb der Bevölkerung selbst gab es vom Unglück Verschonte, die sich weigerten, Nachbarn aufzunehmen. Ein paar Burschen aus einem bedrohten Dorf wurden gefaßt, als sie nachts die gegenüberliegenden Dämme zur Entlastung ihres Ufers anstecken wollten. Andernorts konnten Arbeitslose nur mit Gewalt aus dem Wirtshaus zur Hilfe geholt werden, und in einer der Katastrophenstädte mußte man den öffentlichen Notstand erklären, um die über achtzehn Jahre alten Einwohner zum Einsatz zu verpflichten. Wahrscheinlich hätte jeder dieser jungen Leute, wäre er uniformiert in einer Formation ‚eingesetzt‘ worden, seine ‚Pflicht wie die anderen mit Eifer erfüllt. In Zivil aber verlassen sie sich auf den Pflichteifer der ‚Verpflichteten‘ und betrachten sich von der menschlichen Verpflichtung nachbarlichen Beistandes entbunden. So ist es ein Glück, daß es den sogenannten ‚Liebesparagrafen‘ gibt, der jeden mit Strafe bedroht, der bei ‚Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not nicht Hilfe leistet‘.

Apparaturen leben unter einem Gesetz der ständigen Vermehrung. Warum also sollten sie sich auf die materiellen Wohlfahrtsfunktionen beschränken? „Man muß die Menschen zu ihrem Glück zwingen“ und es ist das Glück des Ameisenstaates, das uns dann beschert wird. Ein kategorisierbares Glück, das Glück, selbst nichts mehr entscheiden zu müssen. Wozu soll es auch noch Gewissensentscheidungen geben, wenn doch alles geregelt ist. Gegen die rohe Diktatur erheben sich immer wieder die Unterjochten, gegen einen allmählichen Entzug der Willensfreiheit gibt es keinen Widerstand.

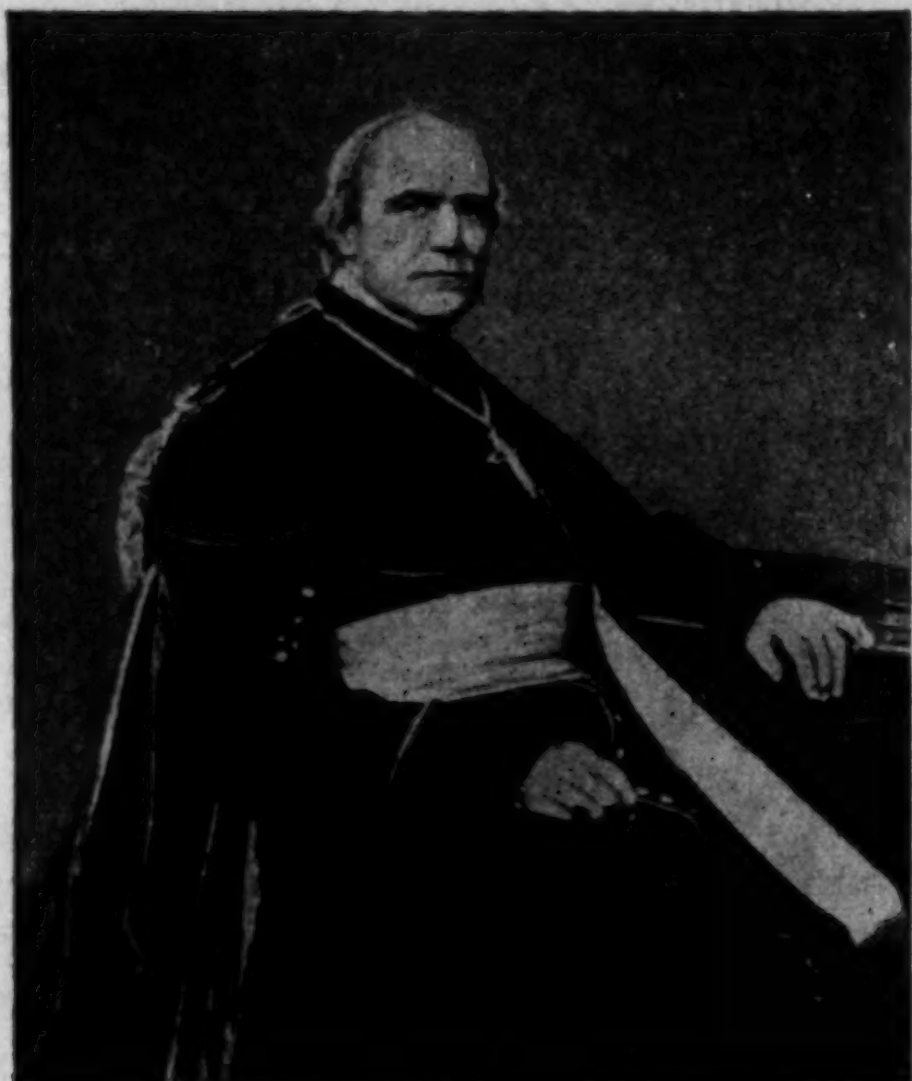
V.

Rentenbürger oder freie Persönlichkeit, das ist das Problem. Die Gefahr, daß der Mensch von heute den Es-Mächten verfällt, von denen Guardini spricht, ist groß. Die Es-Mächte, das sind die Reklame, die Regierung, die Kollegenschaft, die Untergebenen, die Arbeiterschaft, der Unternehmerverband, die Vergnügungsindustrie, der Konzern, die öffentliche Meinung. Die persönlichen Verhältnisse treten zurück gegenüber den anonymen Kräften, die in unser Leben hineinwirken. Der Wohlfahrtsstaat ist die fast selbstverständliche Folge einer Methode, dem einzelnen alle Risiken abzunehmen, die er nicht mehr tragen kann oder will. Das Geschäft, tausche Freiheit gegen Sicherheit, wird nur zu gern geschlossen, aber die meisten merken zu spät, daß sie mit dem Verlust der persönlichen Freiheit aufhören, Mensch zu sein — wenn sie es noch merken! Die Verbindung der modernen Gesellschaft zu einer zusammenhängenden Einheit hat Gesamtrisiken entstehen lassen, die kein einzelner mehr allein tragen kann. Die Hilfe der Gesamtheit für die Betroffenen ist daher keine Gnade, sondern ein ganz nüchterner Anspruch. Aber Hilfe zur Selbsthilfe, Hilfe wieder auf die eigenen Beine zu kommen, kein Gnadenbrot, das müssen wir verlangen. Nicht mehr Sozialversicherung, sondern mehr eigene Sicherung, nicht umfassendere Organisation, sondern weniger und übersichtlichere Organisation. Mehr eigenen Willen, unser Leben selber zu tragen, müssen wir aufbringen. Und davon dürfte alles weitere abhängen.

CHRISTLICHE ANTWORTEN AUF DIE SOZIALE FRAGE

Ein Jahrhundert sozialer Katholizismus in Deutschland

PAUL JOSTOCK



Bischof W. E. von Ketteler

Der bekannteste Führer des sozialen Katholizismus, Bischof W. E. von Ketteler, gilt zumeist auch als sein frühester Vertreter, als der Erwecker schlechthin. Das ist verständlich, weil er am Beginn der katholisch-sozialen Bewegung steht. Soziale Reformideen sind aber lange vor ihm schon geäußert worden. Es waren freilich vereinzelte Stimmen, die wenig Widerhall fanden. Die Zeit vor 1848 war in Deutschland so sehr von politischen Sorgen beherrscht, daß sie für die neuartige soziale Frage noch kaum ein Ohr hatte. Vor allem gilt das vom katholischen Volksteil. Wie wäre es sonst zu erklären, daß ein so universaler Geist wie Joseph Görres dem industriellen Sozialproblem so wenig Aufmerksamkeit zuwandte, obwohl damals Frankreich schon mehrere sozialistische Bewegungen zählte, die Aufsehen erregten. Wenn Görres und

andere, wie etwa der Romantiker Friedrich Schlegel in seiner „Signatur des Zeitalters“, vom korporativen Aufbau sprechen, so sind es doch politische Gedanken und Ziele, die sie in erster Linie dazu bewegen.

Zwei andere Romantiker allerdings offenbaren einen erstaunlich tiefen Einblick in die soziale Frage des Kapitalismus. Adam Müller erkannte um 1820 bereits das Proletariatsproblem und sann auf eine Lösung mit Hilfe von Sparkassen, die dem Lohnarbeiter allmählich zu Besitz verhelfen sollten. Tiefer und kritischer hat Franz Baader 1835 die Lohnarbeiterfrage behandelt. Es ist überaus bezeichnend, daß der hochbetagte Philosoph in dieser Sache zur Feder griff, um den Zeitgenossen klarzumachen, der soziale Krankheitsherd liege nicht in den Staats- und Verfassungszuständen, wie noch allgemein geglaubt werde, sondern in der Besitzlosigkeit, Schutz- und Hilflosigkeit der Fabrikarbeiter.

Einen Schritt weiter ging der badische Politiker Franz Joseph Buss, der 1837 vor dem Badischen Landtag ein sehr bedeutendes Programm praktischer sozialpolitischer Maßnahmen entwickelte. Ebenso realistisch packte der rheinische Politiker Peter Reichensperger schon damals die Frage an. Eine recht klare Einsicht darein bewiesen auch konservative Geister wie Jarcke und Radowitz. Die Sorge und die Bemühungen steigerten sich in den gärenden 1840er Jahren. Aber es traten doch nur Einzelstimmen hervor, keine öffentliche Meinung und keine Volksbewegung.

So kam das Revolutionsjahr 1848, gegen dessen Ende Ketteler, damals noch Pfarrer und Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, im Mainzer Dom sechs Predigten über die großen sozialen Fragen der Gegenwart hielt. Von welchem Ernst dieser Vorstoß getragen war, möge folgendes Wort des Predigers bezeugen: Wer die soziale Frage begreift, der erkennt die Gegenwart; wer sie nicht begreift, dem ist die Gegenwart und Zukunft ein Rätsel.

Auch diese Worte verhallten zunächst. Während der ganzen 50er Jahre erfolgte nichts Bemerkenswertes. In der Politik herrschte die Reaktion, in der Wirtschaft siegte der Liberalismus. So appellierte man zunächst an die religiösen Kräfte. Es war die Zeit, da Kolpings Gesellenvereine aufzublühen begannen. Später betrieb man, da die liberal-kapitalistische Wirtschaft immer klarer als Herd des Übels erkannt wurde, die Wiederherstellung einer korporativen Wirtschaftsordnung; und schließlich, als für deren baldige Verwirklichung keine Aussicht bestand, ging man allmählich dazu über, das Eingreifen des Staates zu fordern, damit wenigstens die ärgsten Mißstände behoben würden. Bischof Ketteler selbst, der in den 1860er Jahren hauptsächlich die Selbsthilfe durch Genossenschaftsbildung empfohlen hatte, brachte diese Wendung zur staatlichen Sozialpolitik mit seinem Referat vor der Fuldaer Bischofskonferenz im Jahre 1869.

Etwa ein Jahrzehnt später begann die praktische Sozialpolitik im Deutschen Reich, die seitdem immer breiter ausgebaut worden ist. Hierzu haben, neben vielen anderen, vor allem die beiden Professoren Georg von Hertling und Franz Hitze beigetragen. Sie fungierten nacheinander als die Referenten und Spezialisten auf diesem Gebiete in der Reichstagsfraktion der Zentrumsparlei. Beide Gelehrte waren auch bedeutende Theoretiker der Sozialpolitik. 1890 entstand in München-Gladbach der Katholische Volksverein, dessen Zentrale sich zu einem Kollegium sozialwissenschaftlicher Referenten entwickelte, die in Vorträgen und Kleinschriften die soziale Schulung durchs ganze Land trugen. Das ergab eine breite Wirkung, die den Volksverein zu einem Hauptförderer der Sozialpolitik stempelte. Aus dem Volksverein ging auch die sozialstudentische Arbeit Carl Sonnenscheins hervor. Ebenso hat der Aufstieg der christlichen Gewerkschaften seit Mitte der 90er Jahre dem Volksverein viel zu verdanken.

Die tieferen Reformideen, die nicht derart mit dem vielfältigen kleinen Flickwerk der Gesetzgebung an der Volkswirtschaft ausbessern wollen, sondern einen grundlegenden Umbau des modernen Wirtschaftssystems erstreben, wurden durch die Sozialpolitik nicht zum Schweigen gebracht. Sie zählten immerfort namhafte Vertreter, unter denen Karl von Vogelsang in Wien und der Dominikaner Professor Albert M. Weiß wohl den größten Einfluß ausübten. Edmund Jörg, der ein halbes Jahrhundert lang die Historisch-politischen Blätter herausgab, sei ebenfalls hier erwähnt. Auch wenn die korporative Idee, die man heute meist als berufständige Ordnung bezeichnet, eine Hauptrolle dabei spielte, so gab es im ganzen gesehen doch recht vielfältige Auffassungen. Die Spannweite läßt sich etwa wie folgt andeuten: Der westfälische Pfarrer Hohoff trat in Anlehnung an die Marx'sche Kapitalkritik, aber unter Ablehnung der Philosophie und Weltanschauung von Marx, für Sozialisierung ein. Genau in entgegengesetzter Richtung suchte der rheinische Pfarrer Kirchesch, nicht minder ein Gegner des Kapitalismus, die Lösung: zurück vom Großbetrieb zum Kleinbetrieb, soweit wie möglich, damit persönliche und wirtschaftliche Selbstbestimmung wiedergewonnen werden und die Familie wieder eine sichere und selbstständige Wirtschaftsgrundlage erhält. Zwischen diesen beiden Polen Hohoff und Kirchesch gab es vielerlei Abstufungen.

In dem steilen wirtschaftlichen Aufstieg, den Deutschland bis zum ersten Weltkrieg erlebte, wurden indes die kritischen oder negativen Meinungen immer stärker von positiven Stimmen übertönt. Weite katholische Kreise gaben sich der Erwartung hin, die sozial-politische Gesetzgebung werde nach und nach alle Volksschichten mit der modernen Wirtschaft aussöhnen. Aus der solidaristischen Gesellschafts- und Wirtschaftslehre, die Heinrich Pesch seit dem Jahrhundertbeginn entwickelte, mögen viele, wenn auch zu Unrecht, eine Bekräftigung dieser Auffassung herausgelesen haben.

Nach Abschluß des ersten Weltkrieges war zunächst jeder derartige Optimismus verfliegen. Schaudernd gewahrte man, daß das proletarische Problem in voller Schärfe fortbestand. Die Sozialpolitik bisherigen Stils reichte da nicht heran. Diese Erkenntnis, zusammen mit der sozialisierungsfreundlichen Grundstimmung der ersten Nachkriegszeit und dem starken Anschwellen der Linksparteien, ließ viele von einem christlichen Sozialismus sprechen, auf den man nun hinsteuern müsse. Was allerdings genauer darunter zu verstehen sei, soweit es über die bloße ethische Gesinnung hinausging, darüber herrschte wenig Klarheit. Im Grunde war alles mehr ein Fiebertraum, der dahinschwand, sobald mit der Währungsstabilisierung langsam geordnete Verhältnisse wiederkehrten. Nur kleine unbedeutende Gruppen verharrten auch in der Folgezeit, selbst in den günstigsten Wirtschaftsjahren, bei der Forderung nach einem christlichen oder katholischen Sozialismus.

Abgesehen hiervon stellen wir aber einen starken Wandel gegenüber der Vorkriegszeit fest, nämlich ein überaus lebendiges und vielseitiges Ringen der deutschen Katholiken um die soziale Frage. Die Kapitalismusanalysen von Sombart, Max Weber und Scheler wurden weitgehend akzeptiert und daraus Folgerungen gezogen, die das Ziel einer umfassenden Sozialreform wieder mehr in den Vordergrund rückten. Über das Wesen und den Ernst des proletarischen Problems gab es, seitdem die bekannte Schrift von Götz Briefs darüber vorlag, kaum noch einen Streit. Jedoch über den Weg, den die Wirtschafts- und Sozialreform einzuschlagen habe, bestanden recht verschiedene Meinungen, so daß mit Richtungsstreitigkeiten manche Kraft vertan wurde. Zeitweise schien die universalistische Soziologie Othmar Spanns einigen Anhang zu gewinnen, doch vermochte sie der Hauptrichtung des sozialen Katholizismus, die nach wie vor auf dem Boden des Solidarismus stand, kaum Abbruch zu tun. Nachteilig wirkte sich immer wieder aus, daß viele, vor allem Nichtfachleute, zu sehr mit dem Gefühl statt mit nüchternem Verstand an die Probleme herangingen. Immerhin nahm doch die Erkenntnis langsam zu, daß der Kapitalismus ein Mischgebilde aus Freiheit und Notwendigkeit ist und daß daher geistige Wandlungen mit gesellschaftlichen Reformen zusammenwirken müssen, um ihn zu überwinden.

Nachdem die Hauptvertreter des Solidarismus sich seit 1929 in dem sogenannten Königswinterer Kreis zu gemeinsamen Beratungen zusammengeschlossen hatten, und nachdem sie Anfang 1932 ihren sozialen Reformbestrebungen im Rahmen des Volksvereins eine institutionelle Festigung und Förderung gesichert hatten, konnte man hoffen, daß eine Sammlung der Kräfte auf gemeinsamer Linie allmählich erreicht und alsdann größere Fortschritte als bisher erzielt werden könnten. Die bedeutsame Sozialenzyklika *Quadragesimo anno*, die 1931 erschien, ermunterte zu diesem Vorgehen, wie sie überhaupt den Reformbestrebungen neuen Auftrieb gab. Die brutale Diktatur jedoch, die 1933 über Deutschland kam, hat das alles, was hier hoffnungsvoll zu sprießen begann, mit einem Schlag zer-

treten. Eine Reihe der führenden katholischen Sozialwissenschaftler ging in die Emigration hinaus und wirkt heute noch in anderen Ländern. Ihr Verlust wurde von dem Heimatland aufs schmerzlichste empfunden, als 1945 mit der Arbeit wieder begonnen werden konnte und sich ein so ungeheures Bedürfnis nach sozialer Orientierung und Belehrung allenthalben geltend machte. Auch in anderer Hinsicht, nämlich was die Gefahr der Abgleitung in kollektivistische Lösungen betrifft, müssen wir heute unter viel ungünstigeren Verhältnissen die Arbeit an den großen Reformzielen wieder aufnehmen, um die vor 1933 bereits gerungen wurde. Es seien nur die Fragen von Mitbesitz und Mitbestimmung des Arbeiters oder die Bemühungen um die innere Auflockerung der Großbetriebe und alle sonstigen Bestrebungen der sozialen Betriebspolitik genannt, an denen katholische Sozialwissenschaftler in Deutschland seit je führend mitgearbeitet hatten.

FRITZ RUDOLPH

Das KIND im Labyrinth der Parteipolitik

Wer reformiert die Volksschule?

Pädagogische Erfahrung ist zweitrangig

Das 20. Jahrhundert hat als Jahrhundert des Kindes begonnen; jüngst sagte man, daß es in seiner zweiten Hälfte das Jahrhundert der drängenden sozialen Probleme der alten Menschen zu werden scheine. Die Reformideen des endenden 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts haben die Stellung des Kindes — zum Beispiel in der Familie — entscheidend verändert. Wer die öffentlich vernehmbare und die in den Familien geführte Diskussion um die Volksschule verfolgt, der wird nicht den Eindruck gewinnen, daß die Schulfrage schon zu den Akten gelegt ist.

Da klagen die Industrie- und Handelskammern, daß die Leistungen der Schulabgänger unzureichend seien. Zwar waren in letzter Zeit auch Stimmen zu hören, die meinten, die Leistungen hätten sich mit der Normalisierung des Schulbetriebes wieder gebessert, aber es wäre doch zu optimistisch, wenn man annehmen wollte, daß diejenigen, die einen Leistungsabfall beklagten, nun verstummen würden. Aus dem politischen Raum kommt der Vorwurf, die Schule erziehe zum Untertanen und verfehle damit ihre Aufgabe in einem demokratischen Staat. Sind das zufällige, objektiv unberechtigte Klagen? Oder ist der reformerische Schwung nutzlos vertan worden? Steht die Schulreform nach wie vor auf der Tagesordnung?

Wenn man sich die öffentliche Diskussion um die Schulreform ansieht, dann könnte man verzagen. Fragen, wie Dauer der Grundschulzeit, Gemeinschafts- oder Bekenntnisschule, Umfang des Elternrechts und die Vorbildung der Lehrer sind in den Ländern der Bundesrepublik recht unterschiedlich geregelt. Man kann sich nicht damit trösten, daß darin die kulturelle Mannigfaltigkeit und Tradition

unseres Vaterlandes zum Ausdruck komme; denn die jeweilige Gestaltung richtet sich nach zufälligen parteipolitischen Mehrheitsverhältnissen. Neue Formen — allerdings ausschließlich von der gerade regierenden Mehrheit getragen und eingeführt — wurden nach dem Wechsel der Mehrheitsverhältnisse beseitigt, ohne daß man die Frage nach der Bewährung stellte. In Fragen der Schule gilt nicht mehr die Erfahrung, sondern das dogmatisch vorgefaßte Urteil. Damit ist die Schule in einem üblen Sinne zu einem Politikum erster Ordnung geworden.

In einer solchen Lage ist eine Besinnung darauf, was man von der Schule erwartet und was sie leisten kann, dringend geboten. Die Schule steht ja nicht im luftleeren Raum, sondern sie hat zusammen mit dem Elternhaus die Aufgabe, den Jugendlichen an die Welt der Erwachsenen heranzuführen. Diese Sicht verbietet es, die Pädagogik nur vom Kinde her zu sehen und die Aufgabe der Schule ausschließlich dahingehend zu bestimmen, daß sie die Fähigkeiten des Kindes wecken und pflegen soll. Es ist das unbeschreibbare Verdienst der Reformbewegung, den Blick auf die Eigengesetzlichkeit und Eigenwertigkeit des Kindheitsalters freigegeben zu haben. Aber Erziehung ist nur möglich, wenn unter Zugrundelegung eines Wertsystems auf eine bestimmte Gesellschaftsverfassung hin erzogen wird. Schule ist also immer auch Durchgangsstadium auf die Welt der Erwachsenen hin.

Dem geschichtlich interessierten Blick wird nicht entgehen, daß der Übergang aus der Kinderwelt in die Erwachsenenwelt seit etwa 150 Jahren, insbesondere aber in den letzten Jahrzehnten, immer schwieriger geworden ist. Es ist falsch, die Erziehungsprobleme der Familien und der Schule nur aus der besonderen Lage der Kriegs- und Nachkriegszeit zu begründen. Sie haben auch etwas zu tun mit der gewandelten Form unserer Gesellschaft. Sehen wir uns das einmal genauer an.

Die Zahl der Berufe hat seit der Industrialisierung gewaltig zugenommen. Im alten Dorf — 1871 lebten noch 65 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande — sind die Berufe an der Hand abzählbar: Bauer, Schmied, Wagner, Küfer, Gastwirt, Schreiner, Tagelöhner — das sind schon die wichtigsten. Auch in der alten Handels- und Handwerksstadt gab es nur eine geringe Zahl von Berufen. Die Arbeitstechnik war noch wesentlich von der Erfahrung bestimmt. Deshalb hatte das Schulwissen geringere Bedeutung als heute. In der Industrie schien es zunächst, als würden die Arbeitsvorgänge immer einfacher und Intelligenz und Wissen immer unwichtiger. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß die Industrie eine Vielzahl von Fähigkeiten erfordert, man denke nur an das Arbeiten nach Anweisung und Zeichnung. Der Aus- und Vorbildung kommt deshalb große Bedeutung zu. Der Rechenunterricht ist wesentlich ausgebaut worden, die Raumlehre kam als neues Fach hinzu. Die Anforderungen, die in den einzelnen Berufen gestellt werden, sind recht unterschiedlich; man vergleiche nur den Buchdrucker und den Dreher. Von daher kommt es, daß die Industriezweige unterschiedliche Anforderungen an die Schule stellen. Es besteht ständig die Neigung, neue Stoffgebiete der Volksschule zu überweisen. Die Ausdehnung des Verkehrs und die Verkehrsgefährdung gerade der Kinder führen z. B. automatisch dazu, daß der Verkehrsunterricht in den Schulen gefordert wird.

Was sich von der Differenzierung der Wirtschaft her aufdrängt, wird noch begünstigt durch eine universale Bildungsvorstellung. Man glaubt, man müsse in der Volksschule eine, wenn auch sehr verkürzte Behandlung des gesamten natur- und kulturwissenschaftlichen Bildungsstoffes vornehmen. So kommt es,

daß die Volksschule in einem ständigen Kampf mit dem Lehrplan-Soll steht und daß die Klage, es fehle an den Elementarkenntnissen in Rechtschreibung und Rechnen, oft nur zu Recht besteht.

Unser öffentliches und politisches Leben ist dadurch gekennzeichnet, daß es immer komplizierter und undurchschaubarer wird. Damit wächst das Gefühl, anonymen Mächten ausgeliefert zu sein, die man zwar nicht überwinden, aber gelegentlich überlisten kann — Beispiel: Einstellung zur Sozialversicherung. Das politische Interesse läßt nach und es kommt zu einem Rückzug auf die kleinen sozialen Einheiten, z. B. die Familie. Gerade die Demokratie stellt aber den Anspruch, daß sie Herrschaft über das Volk durch das Volk sei. Gesellschaftliche Bildung, Interesse und Einsatzbereitschaft gehören deshalb zu ihren Voraussetzungen. Von daher leitet sich die Forderung ab, den Gemeinschaftsunterricht in den Mittelpunkt der Schule zu stellen. Es soll nicht nur ein neues Fach geschaffen, sondern der gesamte Stoff soll von diesem Prinzip her bearbeitet werden.

Aber es geht ja nicht nur darum, daß die Schule mehr Stoff zu bewältigen hat. Dagegen könnte man immerhin eine Verlängerung der Schulzeit empfehlen und glauben, daß damit alle Probleme zu lösen seien. Das Problem sitzt aber tiefer. Man klagt ja auch über die Verhaltensweisen und wirft einmal der Schule vor, sie erziehe nicht streng genug, das andere Mal, sie erziehe zum Untertanen. Diese Vorwürfe sind nicht zufällig.

Unsere moderne Gesellschaft fordert unterschiedliche Verhaltensweisen in Betrieb und Öffentlichkeit. Alle Demokratisierungsbestrebungen haben die hierarchisch-direktorale Struktur des Betriebes nicht aufheben können. Im Betrieb gibt es unterschiedliche Weisungsrechte. In der Politik hingegen ist der Arbeiter ebenso sehr daran beteiligt, die Träger der öffentlichen Gewalt zu bestimmen, wie der Direktor. Diese unterschiedliche Struktur von Betrieb und Öffentlichkeit ruft auch bei den Erwachsenen eine Unsicherheit des Verhaltens hervor. Darüber hinaus muß uns nun jede Empfehlung, diese Gesellschaftsverfassung zu beseitigen — entweder durch eine radikale Demokratisierung der Betriebe, oder indem man z. B. Staat und Betrieb nach dem Führerprinzip organisiert — mißtrauisch machen. Die Folge wäre Totalitarismus oder Anarchie. Wir müssen also wohl die pluralistische Gesellschaft bejahen und uns damit abfinden, daß in ihr unterschiedliche Verhaltensweisen notwendig sind. Kann die Schule mit dieser Schwierigkeit fertig werden? Sicherlich genügt es nicht, wenn man der Lernschule ein Schülerparlament beigibt und damit das Problem lösen will.

In jüngster Zeit wird immer unüberhörbarer darüber geklagt, daß der moderne Mensch seine Freizeit immer weniger schöpferisch gestaltet. Er benutze sie lediglich zur physischen Erholung oder liefere sich einer technisierten, kommerziell betriebenen Freizeitgestaltung aus. Diese Klagen mögen manchmal übertrieben sein, aber z. B. die Rolle des Motorrads im Leben des Jugendlichen kann mit Sorge erfüllen. Es dient ja nicht so sehr dazu, mehr zu sehen oder weiter herum zu kommen, sondern mit möglichst hoher Geschwindigkeit möglichst viele Kilometer abzufahren. Diese und ähnliche Beobachtungen lassen die Frage auftauchen, wie es denn um die Spielfähigkeit der Familien steht und ob es mit der musischen Erziehung der Schule recht bestellt ist. Um nicht mißverstanden zu werden: ich glaube nicht, daß man nur den musischen Unterricht in den Mittelpunkt der Schule zu stellen braucht und damit bereits eine Reform der Schule hat. Ich bin gegenüber einer jeden einseitigen Hervorkehrung eines Faches

oder eines Prinzips mißtrauisch. Damit sei jedoch nicht bestritten, daß die musischen Fächer fast überall eine Randexistenz führen und nur geduldeter Gast in der Schule sind.

Aber wir haben bisher nur die Diagnose gestellt und das auch nur von der Gesellschaft, nicht aber vom Kinde oder von der Ethik her. Wir müssen nun noch einige Überlegungen anstellen, um aus unserer Untersuchung Folgerungen für die Schule zu ziehen.

1. Alle Maßnahmen, die der Verbesserung der äußeren Schulsituation dienen — Beseitigung des Schichtunterrichtes, Herabsetzung der Klassenmeßzahlen, Verbesserung der Raumausstattung und des Lehrmaterials — sollten intensiv betrieben werden. Danach bleiben immer noch eine ganze Reihe von Problemen ungelöst.
2. Jede gute Familienpolitik (z. B. die Entlastung der Frau im landwirtschaftlichen Betrieb oder die Entlastung der verwitweten oder geschiedenen Mütter) und jede gute Familienpädagogik (Kann die Familie noch spielen? Bietet sie dem Kinde die nötige Wärme und Ruhe, oder stachelt sie nur zu höheren Leistungen an?) ist zugleich Schulpolitik.
3. Die Schule braucht Ruhe und Kontinuität der Entwicklung. Reformideen können an ausgewählten Schulen erprobt werden. Die Auseinandersetzung um die Organisation der Schule müßte von der breiten Öffentlichkeit getragen werden. Dazu gehört allerdings, daß sich die Eltern überhaupt ernsthaft mit Schulfragen beschäftigen. Man sollte hier nicht so viel von Elternrecht, als viel mehr von Elternpflicht sprechen. (Übrigens ist der Begriff „Elternrecht“ schon politisiert und mit guten Gründen Mißverständnissen ausgesetzt). Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat zur Schulfrage gefordert, daß die Gestaltung der Schule nicht von zufälligen Mehrheiten getragen werden dürfe, sondern möglichst von allen Parteien gemeinsam erfolgen müsse. Diese Forderung kann ohne Einschränkung unterschrieben werden.
4. Alle Beteiligten müssen berücksichtigen, daß eine ständige Vermehrung des Stoffes von der Schule nicht bewältigt werden kann. Selbst bei einer Verlängerung der Volksschulzeit, die ich persönlich bejahen würde, sind der stofflichen Ausdehnung Grenzen gesetzt. Beherrschung der Grundrechenarten, der Rechtschreibung und des Lesens sind die Voraussetzungen. In den übrigen Fächern kann nicht Vollständigkeit angestrebt werden. Die Fülle der Geschichtszahlen ist ein Jahr nach der Schulentlassung doch vergessen. Aber vielleicht kann durch die intensive Beschäftigung mit einigen Geschichtsperioden die Fähigkeit geweckt werden, sich selbst mit der Geschichte auseinanderzusetzen. Ich habe während meiner Tätigkeit als Lehrer von 1946—48 damit gute Erfahrungen gemacht (damals gab es kaum Lehrpläne!). Aber was halten denn die Eltern von einer Schule, in der keine Geschichtszahlen gepaukt werden? Oder in der die Kinder nicht damit gequält werden, Schillers „Glocke“ auswendig zu lernen? Ich habe jedenfalls einmal die Erfahrung gemacht, daß die Eltern erst dann davon überzeugt waren, daß die Kinder bei mir „etwas Ordentliches lernen“, als ich, um nun endlich Kontakt zu bekommen, die „Glocke“ lernen ließ.
5. Ich meine, die unterschiedlichen Erfordernisse des Stoffes, aber auch die unterschiedlichen Verhaltensweisen, die das Leben fordert, sollten uns gegen jede einseitige Verfechtung einer Methode mißtrauisch machen. Lern- oder

Arbeitsschule, das scheint mir eine falsche Gegenüberstellung zu sein. Rechtschreibung und Grammatik sind geschichtlich geworden und können nicht erarbeitet, sondern müssen gelernt und geübt werden. Damit ist nicht einer öden Paukerei das Wort geredet, aber man sollte auch mit gutem Gewissen Stoff übermitteln und einüben. Die Arbeitsschul-Methode bietet sich z. B. für die Heimatgeschichte an. Ähnliches wäre zur Frage Ganzheitsunterricht oder Fachunterricht zu sagen. Auch hier scheint mir jede einseitig dogmatische Festlegung fehl am Platze zu sein.

6. Jede echte Freizeitbeschäftigung hat etwas vom Spiel an sich, d. h. sie wird nicht um eines Zweckes oder Erfolges willen getan, sondern um ihrer selbst. Kultur gedeiht nur dort, wo Platz für diese Form der „Zwecklosigkeit“ ist. Wird nicht von der Schule der Zugang zum Kulturgut verbaut, wenn sie ein Soll an gelernten Gedichten usw. fordert? Oder indem Gedicht- und Prosastücke dazu mißbraucht werden, Aufsatzübungen anzuschließen? Wird nicht die Freude am Gestalten, am Zeichnen usw. dadurch eingedämmt, daß ständig der Lehrer das Thema stellt? Und dadurch, daß jede Zeichnung mit einer Note versehen wird? Muß überhaupt in jedem Fach eine Zeugnisnote erteilt werden? Ubrigens, wie steht es da mit dem Religionsunterricht? Oder meint man etwa, ein Fach werde nur dann ernst genommen, wenn die Leistungen im Zeugnis bescheinigt sind?
7. Unsere — wohlmeinende — Kritik richtet sich nicht nur an die Schule, aber eben doch auch an diese. Das ist nun der letzte Punkt, der hier behandelt werden soll: Ich meine, die Schule sollte sich dann, wenn Kritik geübt wird, nicht darauf zurückziehen, daß sie einseitig von den Entwicklungsgesetzen des Kindes her argumentiert. Sicher, man kann heute keine Pädagogik ohne Einbeziehung der Entwicklungspsychologie treiben. Aber wenn die Schule die ihr gebührende Stellung einnehmen will, muß sie wissen, daß sie auf die Erwachsenenwelt hin erzieht. Die Zwiespältigkeit dieser Welt erschwert die Aufgaben der Schule, aber sie kann sich nicht ohne Schaden von ihr abwenden, denn dann isoliert sie sich.

Ubrigens: wer genauer zusieht, wird feststellen, daß die kritischen Fragen, die scheinbar nur der Schule gestellt sind, auch den Eltern gelten. Wie soll sich denn eine Reform der Schule vollziehen, wenn die Eltern, die sich auf ihr Elternrecht berufen, jeden Ansatz durch ihr Mißtrauen ersticken? Mancher Lehrer weiß davon ein Lied zu singen!

Wenn ich in meiner Jugend ermutigt statt gedemütigt worden wäre, so taugte ich mehr als jetzt. Friedrich der Große

Gustav Ross

Der Drang nach persönlicher Freiheit

Gewinnt der Arbeiter eine neue geistige Konzeption?

Über kaum eine andere Gruppe von Menschen wird heute soviel geredet und geschrieben, wie über die Arbeiterschaft. Ob es sich darum handelt, ihn als gleichberechtigt im äußeren Leben anzuerkennen, ihm ein volles Maß an materiellen Gütern zuzusprechen, oder gar seine Seele neu zu beleben — alle, die sich geflissentlich mit ihm beschäftigen, haben anscheinend kein ernsteres Anliegen, als den Arbeiter zu einem freien, selbstbewußten und sozialgesicherten Menschen zu machen.

Nehmen wir einmal an, diese auffallende und zuweilen hektisch anmutende Geschäftigkeit wäre auf eine Erkenntnis gegründet, die zwar noch nicht scharf umrissen ist, die aber in steigendem Maße eine überraschende Bedeutung gewinnt. Der Zeiteumbruch ließ fast alle Begriffe — wie fest sie auch im Bewußtsein des Menschen verankert waren — fragwürdig erscheinen. Die um die Stände gezogenen festen Mauern stürzten ein und Aufgaben, die als alleiniges, ja göttliches Recht nur einer Gesellschaftsschicht zuerkannt waren, erwiesen sich als auswechselbar. Konstant blieb dabei die Funktion des Arbeiters, sie wurde nicht aufgesogen. Der Arbeiter ist eine der wenigen Figuren auf dem Schachbrett des Lebens, dessen Auftrag nicht von einem anderen erfüllt werden kann, und das gilt für alle Formen, die wir uns für die menschliche Gesellschaft auszudenken vermögen.

Der Industriekapitän, der — oft von unten kommend — sein eigenes, selbst erworbenes oder auch errafftes Geld immer wieder in seinem Unternehmen, seinem selbst regierten Lebenswerk in manchmal gewagtem und robustem Spiel einsetzte, gehört der Geschichte an. Er wurde verdrängt vom angestellten Manager, für den der Betrieb auswechselbar ist, und der das für seine Pläne notwendige Geld von Menschen erhält, die er meist gar nicht kennt, die ihm auch gleichgültig sind. Der Kaufmann, der königlich blieb, auch wenn er mit Hosenträgern handelt, der nicht nach dem „Staat“ rief, wenn etwas schief ging, der im Gegenteil Fürsten und Könige von sich abhängig machte, wurde in weiten Teilen der Welt vom Planbeamten abgelöst, der ein Exportsoll erfüllt. Die Schicht der wirklichen Politiker und Staatsmänner — Geschäftlhuber seien ausgeklammert — ist dünn geworden. An ihre Stelle trat die Ministerialbürokratie und die Verwaltungsmaschinerie. Selbst die Funktion des Technikers ist — wenn auch nicht auswechselbar — so doch gleitend. Nachdem er lange Zeit die Technik mit göttlichen Ehren verbrämt hatte, wurde er von ihr überrundet und mußte eigenartige Überlegungen anstellen, zum Beispiel, ob man nicht Kühlschränke so konstruieren sollte, daß das gekaufte Stück zum Zeitpunkt der letzten Ratenzahlung verbraucht ist. Damit scheint die Technik so überzüchtet und perfektioniert, daß der Weg des Materials von der Gewinnung über die Fertigung zur Zerstörung fast dem gleichen sinnlosen Rhythmus unterliegt, den Hermann Kassack in „Stadt hinter dem Strom“ grausam eindrucksvoll schildert. Die Funktion des Technikers muß sich also wandeln: von der Anbetung der Technik zum Dienst am Menschen.

Der Arbeiter jedoch, ob er am Bau den Mörtel mengt, den Webstuhl mit dem Drehbaum antreibt, ein Eisenstück mühsam mit der Feile bearbeitet, oder ob er am Automaten steht, an der Taktstraße immer nur eine Schraube in das ewig gleiche Werkstück dreht, oder im team-work nur einige, wenige Handgriffe ausführt — unabhängig von fort- oder rückschrittlichen Methoden — gleichgültig, ob er mit Werkzeugen, Maschinen oder Automaten schafft — er und seine Funktion sind geblieben: In meist beschwerlichem Tagewerk die Dinge schaffen, die das äußere Leben erhalten, ohne daß er selbst darüber entscheidend bestimmen kann, was, wie und für wen produziert wird.

Andererseits ist auch der Arbeiter den Strömungen ausgesetzt, die den Menschen heute erfaßt haben, und die uns in unbekannte Räume führen. Weil er innerlich unkompliziert ist, kann er sich treiben lassen. Es mag auch sein, daß Professor Helmuth Thielicke richtig sieht, wenn er sagt, die Masse habe sich in die Angstlosigkeit der Kreatur geflüchtet. Ich wage jedoch zu behaupten: der Arbeiter ist im — sicher unbewußten — Wissen um seine Funktion, die unter jedem Himmel die gleiche bleiben wird, für die berüchtigte Lebensangst gar nicht anfällig. Ungefährlich sind deshalb für sein Gefühl auch jene Wirbel, die an den Dämmen nagen und sie zu unterhöhlen drohen. Sollten ihn die Strudel eines Tages erfassen, dann wird er kaum ängstlich werden, sondern sich weiter treiben lassen. Dieses Nichteinbezogenensein in die Angst vor dem, was kommt, läßt den Arbeiter für viele unheimlich werden. So geschieht ein beträchtlicher Teil der Bemühungen um den Arbeiter statt aus Sorge um ihn aus Angst vor ihm. Nicht zu vergessen sind die Versuche, die — allerdings oft gut getarnt — unternommen werden, um den Fluß der Masse so zu leiten, daß er einzel- oder gruppenegoistischen Zwecken dienstbar wird. Dazu kommt noch der Anteil derer, für die eine Diskussion über den Arbeiter einfach zum „Job“ gehört. Erst was dann bleibt, ist ehrliches Wollen!

Der Arbeiter, der so oft leichtfertig oder vorsätzlich getäuscht wurde, dem schon das „Paradies auf Erden“ mit persönlicher Macht und eigenem Reichtum versprochen wurde, ist zwar an dem Betrieb um ihn stark interessiert, aber er ist, wenn er die Schalmeien hört, äußerst skeptisch. Er glaubt kaum daran, daß in der Disharmonie der falschen Zungenschläge bisweilen noch echte Töne mitschwingen. Das wäre anders, wenn er selbst dabei zu Wort käme, wenn nicht fast ausschließlich ex cathedra über ihn gesprochen würde, wenn man ihn wenigstens vorher eingehend über seine Nöte befragt hätte. Manchmal wird er sogar wohlwollend lächelnd angehört, meist aber gleich unter Berufung auf ein halbes Dutzend Kapazitäten ebenso lächelnd überfahren, wobei ihm nicht selten bedeutet wird, die Sache sei zu kompliziert, als daß er darüber urteilen könne. Wen dürfte es dann noch wundern, wenn bei dieser Situation alle Bemühungen in den Sog der Skepsis geraten, die von dem echten Anliegen getragen werden, dem Arbeiter aus dem Strom zu helfen, ihn auf festes Land zu bringen. Überdies hieße es den Arbeiter überfordern, setzte man voraus, er könne die echten Töne heraushören. Denn auch für die Urheber dieser Töne — seien es Akademiker aller Richtungen oder Gewerkschaftsfunktionäre — ist es mitunter schwierig, die richtige Stimmlage zu treffen. Wer nicht einmal als ein Rädchen im Betrieb die Atmosphäre einer Werkshalle oder einer Werkstätte unmittelbar auf sich einwirken lassen konnte, der wird bei seinen Bemühungen trotz seines fundierten Wissens und trotz ehrlichen Wollens oft nicht den letzten Schleier von den Dingen heben können. Er wird zwar vieles über den Arbeiter, aber nur wenig vom Arbeiter sagen können.

Sehen wir die Dinge aus dieser Sicht, dann wissen wir auch, weshalb der Arbeiter mit seiner Lage, seinen Wünschen, Sehnsüchten und seiner Lebensart so oft in verzerrter Form in der Diskussion erscheint. Da hat schon vor längerer Zeit ein Meister des Wortes behauptet, dem Arbeiter bliebe nur noch eins: zu beten. In einem späteren Werk meint der gleiche Autor, der Arbeiter habe sich in seinen früheren, schmutzigen Quartieren, zwischen getünchten Wänden, wohler gefühlt, als in den heutigen Wohnungen mit den Einheitsbuffets. Der Wert des Gebetes liegt oberhalb der Grenze jeder Diskussion. Trotzdem müssen wir dieses Leben durch die Tat bestehen. So scheinen uns solche Thesen wenig durchdacht und deshalb reichlich daneben zu liegen. Ein anderer, der ein echtes Anliegen aufweisen kann, versucht ein Bild des Arbeiters zu zeichnen und typische Wesenszüge herauszuarbeiten. Diese liegen — soweit sie vorhanden sind — unter der Oberfläche und sind von außen her schwer aufzuspüren, so daß es dem Autor unterläuft, zeitliche Erscheinungen krankhafter Art, die als Folge zweier Kriege unausweichlich sind und die in allen Schichten beobachtet werden können, in typische Wesenszüge des Arbeiters umzumünzen. Damit hat er viel Staub aufgewirbelt und es heißt, er habe den Arbeiter vom Fenster aus betrachtet und dies habe zufälligerweise nur den Blick auf den Hof gestattet; jetzt aber solle endlich etwas vom, nicht über den Arbeiter berichtet werden. Das geschieht dann auch, indem man sozusagen einige „Fettaugen“ von der Suppe abschöpft und vorweist: Ein technisch versierter Arbeiter, der auf einsamer Landstraße dem hilflosen Unternehmer mit wenigen Handgriffen den stotternden Motor des Autos in Ordnung bringt, ein vierblättriges Arbeitsteam, das fröhlichen Gesichtes mit schweren Werkstücken jongliert, als seien es Federn. Als Clou wird vom Leben einer Arbeiterfamilie berichtet, in der das Oberhaupt und drei erwachsene, noch bei den Eltern lebende Söhne zusammen 1800,— DM monatlich verdienen. Erfreuliche Beispiele aus der Wirklichkeit, aber leider einsame Gipfel, die weit aus der Oberfläche des Durchschnitts hervorragen. Diese schroffen Gipfel anzuleuchten, ist ein in der Diskussion gern bevorzugtes Spiel, das dem Bild jedoch die Perspektive nimmt und das nicht gerade dazu beiträgt, dem Arbeiter die Skepsis zu nehmen. Wie aber sieht es — mit einem kurzen Blick gestreift — unter der Oberfläche aus? Mit verrenkten Beinen, einen Fuß in ermüdender verkraampfter Haltung auf dem Auslösehebel, den Rücken gebeugt, der Kopf vom Lärm halb betäubt, die Augen starr auf den unersättlichen Schlund der Maschine gerichtet, so „bedient“ der Mensch die Stanze. Eine Warnung dringt gar nicht an sein Ohr. Denn er wird getrieben von den Sätzen des Akkordes und so muß er sein ganzes Sein darauf konzentrieren, mit drei oder vier ewig gleichen, ruckartigen Bewegungen den Giganten zu lenken. Die Sekundenbruchteile, in denen der Rachen aufgerissen ist, müssen genau getroffen werden, denn jeder Fehlgriff bedeutet Zeitverlust und Minderung des Einkommens, vielleicht auch Schrott, der dann jedesmal vom Lohn abgesetzt wird. Ein Blick in den halbdunklen Raum, in dem Oldunst und die von nebenan eindringenden Schwaden aus Farbe und Nitrolack einen atembeklemmenden Mantel um die Menschen legen und ein ohrenbetäubender Lärm aufbrandet, zeigt es uns deutlich: Maschine und Mensch sind eins, jener ist auch nur ein seelenloses Triebrad, ein ergänzender Teil der Maschine. — Ich kenne die vor den Stanzen hockenden Arbeiter, ich saß selbst längere Zeit an diesen Maschinen, und ich weiß um den Lohn und die Lebensverhältnisse der Kollegen, kenne mich aus in ihren Beziehungen zur Maschine. Aber leider weiß ich auch, daß diese Stanzenhalle und ihre Belegschaft keine Einzelercheinung in der industriellen Welt sind. Es gibt sie in vielfältiger Gestalt.

Jener dort mit dem großen, kräftigen Körper, der sich daher noch mehr zusammenkrümmen muß als die anderen, um mit den Füßen an den Auslösehebel zu kommen und die Arme im richtigen Winkel zum Schnitt zu halten, hat in der vorigen Woche DM 74,90 brutto erreicht und ungefähr DM 66,— mit nach Hause genommen. Davon muß er, als Alleinverdiener, seine fünfköpfige Familie — drei heranwachsende Kinder — unterhalten. Er hofft, daß es nach zwei Jahren, wenn der Älteste die Schule hinter sich hat, langsam besser wird. Rechts an der Seite, die kleine Frau, hat es etwas besser vor der Maschine, sie kommt aber nicht an den Lohn des Kollegen; DM 62,60 wies der letzte Lohnstreifen brutto aus. Sie ist keine „mitverdienende“ Ehefrau, aus dem Chaos und der Not der ersten Nachkriegsjahre blieben ihr zwei Kinder, die tagsüber im Kindergarten sind und um die sie sich eifrig müht. Der etwas bedächtige ältere Mann — etwa 60 Jahre —, der das Material heran- und fortschafft, ist ein Hilfsarbeiter. Sein Stundenlohn beträgt DM 1,10. Mit den rund DM 45,— netto in der Woche muß er sein und seiner Frau Leben einrichten. Bei den übrigen ist es bis auf Nuancen ähnlich — ein Motorrad oder eine Musiktruhe besitzt keiner, aber einer hat zwei Finger verstümmelt, ein anderer lange Narben an seiner Hand. Die rachsüchtige Technik griff nach ihnen. Doch alle fühlen sich leicht und beflügelt, denn es wird wieder voll gearbeitet.

Damit sei den wenigen Zahlen Genüge getan. Sie sollten zeigen, wie man um einen kleinen Wahrheitskern ein schönes Märchen dichten kann, und daß bis zu einer „gerechten“ Verteilung des Sozialproduktes noch ein weiter Weg ist. Noch lange wird das Ringen um den Inhalt der Lohntüte für den Arbeiter ein „Existenzkampf“ sein. Freilich, der Arbeiter braucht mit seiner Familie nicht zu hungern. Sein Leben kann er fristen, aber die Decke ist zu kurz! Er gerät nicht nur dann in Bedrängnis, wenn er meint, der Lebensstandard aller Menschen, die mit daran arbeiten, die materiellen Güter des Lebens zu schaffen, dürfe nicht allzu unterschiedlich sein, sondern er glaubt auch beanspruchen zu können, mit den von der perfektionierten Technik gebotenen Mitteln das äußere Leben auszuweiten.

Noch immer ist also der Anteil des Arbeiters an den Dingen, die das Leben erleichtern und es angenehm werden lassen, verhältnismäßig gering und — das sei auch gesagt —, der Leistung nicht angemessen. Würden sich nun seine Wünsche ausschließlich um eine besser gefüllte Lohntüte bewegen, wie dies vielfach in der Diskussion über ihn behauptet wird, dann könnte ihm das nicht als Merkmal eines nur materiell bezogenen Denkens wertmindernd angekreidet werden, denn es wäre der klare Ausdruck seiner wirtschaftlichen Lage. Verführt könnte er dazu durch die Haltung anderer Gesellschaftsschichten werden, von denen er meint, sie gäben auch dann noch vor zu hungern, wenn ihre Scheuern voll sind. Spannungsfelder in den Betrieben entstehen jedoch viel seltener aus Meinungsverschiedenheiten über die materiellen Belange als aus dem Verlangen des Arbeiters, als Mensch und Partner gleichberechtigt gewertet zu werden. Wir könnten das an Hand vieler Berichte, die vom Arbeiter erzählen, beweisen. Das würde aber den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Wir wollen uns deshalb darauf beschränken, aus Erfahrung und eigenem Erleben etwas über den Arbeiter zu sagen.

Betrachten wir die vom Arbeiter an die Zukunft geknüpften Erwartungen näher, dann könnten wir — angesichts der Haltlosigkeit, die das heutige Leben einiger Gesellschaftsschichten kennzeichnet — von einer sich abzeichnenden geistigen Konzeption sprechen. Unseren festen Standpunkt wollen wir aber nicht

verlassen. Die geistige Welt ist nun einmal nicht die des Arbeiters, und so zielen seine Hoffnungen nicht auf abstrakte Vorstellungen. Sie drehen sich um greifbare und — was wichtig ist — realisierbare Wünsche, die, obwohl nicht materiell bezogen, doch noch keine Geistigkeit ausmachen. Greifen wir einige davon heraus: Beachtet und angesprochen zu werden, nicht nur Nummer und Unkostenfaktor Lohn zu sein, über Situation und Möglichkeiten des Betriebes zu hören, das sind Wünsche, die sich zu einer teilweise, wenn auch mangelhaft erfüllten Forderung verdichten. Das Recht im Betriebe, Sprecher zu wählen, die den Arbeiter auf gesetzlich gesicherter Grundlage vertreten und die in seinem Auftrag so mitentscheiden können, daß für sein Bewußtsein das Arbeitsleben nicht nur unter befehlsartigen Anordnungen steht — dieses Recht dürfte der zentrale Punkt in den immateriellen Wünschen des Arbeiters sein. Man soll sich nicht täuschen, es ist dies nicht ein von den Gewerkschaften künstlich aufgeblasener Komplex, sondern ein tiefes, echtes Anliegen des Arbeiters, und jeder Versuch, dieses Anliegen zu beschneiden, statt es auszubauen, würde erweisen, daß es für den Arbeiter unabdingbar ist. Wahrscheinlich würde er eher bereit sein, dafür zu kämpfen, als für einige Pfennige mehr Lohn zu streiken.

Wieweit nun der Arbeiter — auch der „organisierte“ — noch bereit ist, den Beauftragten seiner Gewerkschaft unmittelbar im Betriebe mitsprechen und mitentscheiden zu lassen, das ist auch für denjenigen, der um diese Dinge weiß, undurchsichtig. Viele Anzeichen und Erfahrungen deuten allerdings darauf hin, daß der Arbeiter geneigt ist, die auf ihn zukommende Teilfreiheit als ein persönliches Attribut und nicht als eines des Kollektivs zu betrachten. Würde sich dabei der Arbeiter seiner selbst als Persönlichkeit bewußt werden, dann ist es nur noch ein kleiner Schritt bis zu dem Willen, die Auseinandersetzungen im Betrieb selbst so zu meistern, daß er sich nicht bei jeder Schwierigkeit hinter der Gewerkschaft als Schutzschild ducken muß. Er wird sich auch seiner Gewerkschaft gegenüber neu orientieren, da er zu begreifen beginnt: er ist die Gewerkschaft und er ist am ehesten berufen, seine Organisation legitim zu vertreten. Die Gewerkschaften sollten die sich regende Sehnsucht nach der Freiheit der Persönlichkeit fördern und pflegen, aber nicht versuchen, den Willen und den Drang ihrer Mitglieder zu bevormunden. Denn wir finden, diese Entwicklung ist erfreulich, und wir glauben, sie berechtigt uns, zuversichtlich nach vorn zu blicken.

Verzicht auf Verantwortung bedeutet Preisgabe der Persönlichkeit.

Walter Künneth in „Politik zwischen Dämon und Gott“

Sand im Getriebe

Junge Unternehmer und Betriebsräte diskutieren

Meistens sind es nur die kleinen Reibereien zwischen den Menschen, die zum Sand im Getriebe werden, die die tägliche Arbeit zum Fluch und das Leben im Betrieb zur Hölle machen. Die besten sozialpolitischen Ordnungen helfen in diesen rein menschlichen Dingen nicht weiter. Was kann man schon dagegen tun?, möchte man resigniert fragen.

Die Betriebsratsvorsitzenden und die jungen Unternehmer aus dem württembergischen Raum, die alle paar Monate an einem neutralen kirchlichen Ort zu oft hitzigen, aber immer offenen Gesprächen zusammenkommen, wollen aber nicht resignieren. Nachdem sie über die großen sozialen Bewegungen und Forderungen gesprochen und miteinander über den sozialpolitischen Fortschritt diskutiert haben, greifen sie auch immer wieder die ganz konkreten menschlichen Alltagsfragen auf, das Allernächste, die Reibungspunkte im innerbetrieblichen Geschehen.

Was ärgert uns im Betrieb?

Ein junger Unternehmer begann ein solches Gespräch über das Menschlich — Allzumenschliche einmal mit dem Angriff: „Mich ärgert es, wenn ich sehe, daß ich nur Undank ernte, auch dort, wo ich glaube, etwas Gutes getan zu haben. Wenn ich etwa eine Mittagszulage für die Auswärtigen einführe, dann beschweren sich sofort die Einheimischen, daß sie benachteiligt würden“. Andere Gesprächsteilnehmer wußten von solchen Dingen ebenfalls ein Lied zu singen: Der eine bekommt eine Vergütung der Omnibusfahrten, die der andere auch gerne hätte, obwohl er gar nicht mit dem Omnibus fahren muß. Und die Motorradfahrer wollen die Benzinkosten ersetzt haben, wenn die anderen schon das Eisenbahnfahrgeld zurückbekommen. Aber nicht einmal die Motorradfahrer sind sich einig: Der eine fährt eine 500er und braucht mehr Sprit für die gleiche Strecke als der andere mit seinem Fahrradhilfsmotor. Wo bleibt aber da die Gerechtigkeit? Weiter: der eine wirft dem anderen vor: „Du hast doch eine Dienstwohnung und ich muß die teure Miete in der Stadt bezahlen, das ist ungerecht, ich werde benachteiligt.“ Und so geht das weiter. In vielen Fällen ist es also der Neid, der die menschlichen Beziehungen blockiert.

Neid, Haß und Mißgunst

Es ist nun einmal so, daß es im Leben immer um eine Mischung aus Gleichheit und Ungleichheit geht. Einmal sind alle Menschen bis zu einem gewissen Grade gleich und haben daher auch ein Recht auf gleiche Behandlung, andererseits aber ist kein Mensch wie der andere und bezieht von daher seinen Willen, individuell behandelt zu werden. So etwa sehen tiefere Ursachen für Neid, Haß und Mißgunst in unserer unvollkommenen Welt aus. Einiges aber kann man im innerbetrieblichen Zusammenleben dennoch tun, um Neid und Mißgunst beiseite zu räumen: man kann für besondere Leistungen einen überschaubaren Schlüssel aufstellen, an dem ein möglichst großer Kreis von Mitarbeitern mitgewirkt hat. Dann kann jeder sich selbst informieren, warum der andere und nicht er selbst bevorzugt wird. Außerdem sind dann — je mehr Mitarbeiter diesen Schlüssel erarbeitet haben — im ganzen Betrieb Leute verteilt, die diesen Schlüssel

kennen, die ihn verteidigen, die über ihn informieren können. Je breiter die Basis einer solchen Entscheidung, desto sicherer wird der Neid vermieden. Letzten Endes zahlt sich Neid niemals aus. Die einfachen Regeln des Evangeliums aber haben sich immer noch als das Vernünftigste erwiesen, was den Menschen in ihrem oft so schwierigen Zusammenleben helfen kann. Man sollte deshalb Wege suchen, wie man diese einfachen Regeln auch im Betrieb wieder unter die Menschen bringt.

Klatsch und Gerücht

In den Rundgesprächen in Bad Boll wurde als eine weitere ständige Quelle des Ärgers noch etwas anderes genannt: Der Klatsch, das Gerücht! Die Arbeitnehmer ärgert es zum Beispiel, wenn Gerüchte schneller sind, als die Informationen der Betriebsleitung; die Betriebsleitung wiederum ärgert sich, wenn ihr bei der Betriebsversammlung Dinge aufgetischt werden, die längst überholt sind, aber wie in einem Waffenarsenal aufgespart worden waren, um sie einmal als politische Mittel gesammelt loszuwerden.

In solchen Fällen handelt es sich im Grunde um einen mangelnden Kontakt zwischen den Menschen im Betrieb, zwischen oben und unten. Diese Materialsammlungen gegeneinander haben ja nur den Zweck, den anderen öffentlich zu blamieren oder heimlich zu diffamieren. Beides und der damit verbundene Ärger sind dann unvermeidbar. Sozialpolitischer Pazifismus ist hier bestimmt nicht richtig — nämlich wenn man so tut, als gäbe es überhaupt keine gegensätzlichen Meinungen. Aber mindestens ebenso schlimm ist der sozialpolitische Militarismus, der ewige kalte Krieg, das Überbleibsel des Klassenkampfes im alten Sinne, der nur mit überheizten Parolen und Ideologien arbeitete, die heute an der konkreten Wirklichkeit vorbeigehen. Es könnte aber viel Ärger und Klatsch erspart werden, wenn manche Dinge sachlicher und nüchterner, vor allem aber offener miteinander besprochen würden.

Ein offener Krach aber ist immer noch besser, als Gerüchte in die Welt zu setzen und verschwiegen als „Waffensammlungen“ anzulegen. Darüber sind sich Unternehmer und Arbeitsvertreter im allgemeinen einig. Besonders dann ist ein offener Krach gesünder, wenn man bereit ist, nach einer darüber vergangenen Nacht das Gespräch noch einmal zu beginnen, weil man auch dem anderen menschliche Schwächen zugesteht. Etwas, was bei der meist recht dynamischen Natur von Betriebsratsvorsitzendem und Betriebsleitung das wohl unvermeidliche gelegentliche Aufeinanderplatzen zum Nutzen werden lassen kann. Dazu gehört aber auch, daß man einmal einen Strich ziehen kann. Das wäre dann sogar eine christliche Haltung. Die jungen württembergischen Unternehmer und Betriebsratsvorsitzenden, die beschlossen haben, solche Gespräche weiterzupflegen, beweisen einfach durch die Tatsache ihrer Gespräche, daß es nicht unmöglich ist, aus dem Raum des modernen Betriebslebens einen Raum zu schaffen, in dem es sich lohnt, die meiste Zeit des Tages zu arbeiten, einen Raum, in dem man sich nicht dauernd unnötig ärgern muß, einen Ort, in dem die kleinen menschlichen Reibereien so eingeschränkt sind, daß es kein Fluch ist, dort zu arbeiten, sondern vielleicht sogar ein Segen.

Martin Koller

Waren alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft?

Eine kritische Betrachtung der Streikperiode in der Bundesrepublik

Unlängst haben wir die größten Streikaktionen der deutschen Arbeitnehmerschaft seit 1945 erlebt. Diese Kampfmaßnahmen der Industriegewerkschaften Metall und OTV sind die ersten aktiven Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Rahmen einer umfassenden Lohnbewegung. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist damit in ein neues Stadium aktiver Lohnpolitik eingetreten. Seitens der DGB-Gewerkschaften ist eine Vielzahl von Tarifverträgen gekündigt worden: im öffentlichen Dienst, für die Metallindustrie, im Bergbau und in der Landwirtschaft. Insgesamt sind es mehr als 80 Lohnvereinbarungen für etwa 1,3 Millionen Arbeitnehmer, die den gewerkschaftlichen Wünschen angepaßt werden sollen.

Die Tagespresse hat über die Hintergründe der vom DGB entfachten Lohnbewegungen und der daraus entstandenen Kampfmaßnahmen manches Richtige, aber auch viel Entstellendes berichtet. Zunächst muß einmal festgehalten werden, daß der Lohnanteil am steigenden Sozialprodukt nicht in dem Maße mitgestiegen ist, wie es der Arbeitnehmerschaft wünschenswert erschien. Die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaftsorganisationen waren sich laut ihren Äußerungen durchaus einig, daß eine Stabilisierung der Lohn- und Gehaltstarife auf der Höhe unserer wirtschaftlichen Entwicklung zu erfolgen hat. Doch bereits an dieser Stelle schieden sich wieder die Geister. Mit der DGB-Forderung nach einer expansiven Lohnpolitik entstand in Fachkreisen eine sehr ernste und tiefgehende Diskussion über die wirtschaftspolitische Grundlage, auf der eine Steigerung der Kaufkraft der Masse und damit die Hebung des allgemeinen Lebensstandards erfolgen soll. In der Partnerorganisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer war man sich durchaus darin einig, daß Preissenkungen das wirkungsvollste und natürlichste Instrument zur Behebung des gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Engpasses sind.

Seitens der Unternehmer sind die von den Gewerkschaften geforderten Lohnerhöhungen mit größter Zurückhaltung aufgenommen worden, weil man befürchtet, daß die erhöhten Löhne eine Kostenvermehrung darstellen, die besonders in der exportintensiven Metallindustrie zu Absatzschwierigkeiten führen könnten und damit in letzter Konsequenz doch nur den Arbeitnehmer träfen, der bei dem Rückgang des Absatzes und — folgerichtig — der Produktion seinen Arbeitsplatz verlieren kann. So sind daher bis heute die Arbeitgeber bereit, nur einen Teil der gewerkschaftlichen Forderungen zu erfüllen.

Demgegenüber verhehlen die DGB-Gewerkschaften nicht ihr Mißtrauen gegenüber der Lohn- und Preispolitik der Unternehmen. Man rechnete in Gewerkschaftskreisen für die nächste Zukunft nicht mit nennenswerten Preissenkungen, und so forderten sie im Sinne ihrer expansiven Lohnpolitik eine Konjunkturbelebung des Käufermarktes durch angemessene Lohnerhöhungen. Die Gewerkschaften meinen, daß die durch Lohnerhöhungen vermehrte Kaufkraft der Masse den Güterbedarf und damit die Produktion steigern müßte. Hier liegt unseres Erachtens der entscheidende Ausgangspunkt der seit Anfang August ins Rollen gekommenen Lohnbewegung. Bedeutsam erscheint uns in diesem Zusammenhang, daß nicht nur die DGB-Gewerkschaften, sondern auch die DAG und der Deutsche Beamtenbund erhebliche Forderungen für ihre Mitglieder angemeldet haben.

Einige Tageszeitungen, so u. a. auch die von dem evangelischen Publizisten Hans Zehrer geleitete Tageszeitung „Die Welt“, meinten allerdings, daß die gewerkschaftlichen Aktionen ihren Hauptgrund darin hätten, die Existenzberechtigung hauptamtlicher Funktionäre zu beweisen. Wie wir über dieses Thema denken, kommt in dem Beitrag „Der Gewerkschaftsfunktionär — Wesen, Grenzen und Aufgaben“ von Peter-Kristian Ledig (Juliheft 1954) zum

Ausdruck. Sicher wird — am Maßstab dieser Ausführungen gemessen — mancher hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionär den Beweis für seine Existenz noch anzutreten haben. Wir sind jedoch der Überzeugung, daß auch in anderen wirtschaftlichen Verbänden ähnliche Beanstandungen auftreten können.

Hamburger Streik im Zwielficht

In den Regeln für Arbeitskämpfe einzelner Gewerkschaften im DGB heißt es im Paragraph 1, 2: „Die Arbeitsniederlegung ist nur als letztes Mittel zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen, insbesondere besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen oder zur Abwehr von Verschlechterungen anzuwenden.“ Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der vor 1933 die freie Gewerkschaftsrichtung darstellte, hat in seinen Streikregeln diese Frage noch bedeutend schärfer, aber auch zugleich in positiverer Weise niedergelegt. Zum Beispiel heißt es da, daß Arbeitsniederlegungen „nur als letztes und äußerstes Mittel“ anzuwenden seien. Wer nun aufmerksamer die Entwicklung des Streiks der Hamburger Versorgungs- und Verkehrsbetriebe beobachtet hat, wird sich angesichts dieser gewerkschaftlichen Grundsätze kritisch fragen, ob hier wirklich die letzte Chance noch möglicher Verhandlungen ausgenützt wurde. Bekanntlich hatte ja die OTV in Hamburg bereits einen Schiedsspruch angenommen, um dann diesen Beschluß nach Eintreffen von *Adolf Kummernuß*, dem Vorsitzenden der OTV, zu revidieren. Damit wurde der Streik der 13 000 Arbeitnehmer der Hamburger Verkehrs- und Versorgungsbetriebe zur Sache der Bundespolitik der Gewerkschaft OTV.

Wir bejahen mit allen Konsequenzen den Streik als Mittel der Arbeitnehmerschaft zur Durchsetzung berechtigter Forderungen. Jedoch scheint nach näherer Überprüfung der jüngsten Ereignisse eine ausführliche, konsequente Diskussion über das Thema „Wesen und Grenzen des Streiks in der heutigen Gesellschaft“ dringend notwendig. Eines steht jedoch von vornherein fest: Arbeitsniederlegungen im öffentlichen Bereich, besonders in lebenswichtigen Verkehrs- und Versorgungsbetrieben sind immer ein zweischneidiges Schwert, weil oft eine große Zahl von Menschen unfreiwillig in die Rolle von Streikhelfern

gezwungen wird. Das Hamburger Beispiel bietet uns reichliches Anschauungsmaterial. Durch die Arbeitsniederlegung der 13 000 Arbeitnehmer sind fast 99 Prozent der Hamburger Bevölkerung durch diesen Streik empfindlich in Mitleidenschaft gezogen worden. Kritische, aber auch sachliche Stimmen vermerken hierzu: „Das Vorgehen der OTV ist rigoros und gruppenegoistisch!“

Es wäre nun völlig verfehlt, von dem an Überraschungen reichen Hamburger Streik her komplizierte Hintergründe für die Taktik der OTV zu suchen. Diese Gewerkschaft hatte bekanntlich am 31. Juli sämtliche Tarife ihres Organisationsbereiches gekündigt, für die Angestellten eine 10prozentige Gehaltserhöhung und für die Arbeiter eine Lohnaufbesserung von 10 Pfg. gefordert. Die Verhandlungen mit ihren Tarifpartnern, der Bundesregierung, der Tarifgemeinschaft Deutscher Länder und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, sollten in der ersten Hälfte des August beginnen. Der erste Termin am 2. August mußte aus technischen Gründen auf den 10. verschoben werden, und so sind am 12. August zunächst die große Lohnkommission der OTV mit den Vertretern der Länder und Gemeinden zusammengetreten. In der Vorbereitung dieser Lohnbewegung haben Funktionäre der OTV den Vertretern der Mitgliedschaft in Delegiertenversammlungen immer wieder ans Herz gelegt, sich mit allen Konsequenzen für die Forderungen der Gewerkschaft OTV einzusetzen. Schon mehr als vier Wochen vor Beginn der Hamburger Streikaktion wurde bei solchen Versammlungen und Konferenzen darauf hingewiesen, daß die Energie- und Versorgungsbetriebe die „Kern- und Kampftruppen“ der OTV seien. Hier wird drastisch deutlich, daß die OTV in den Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes keine konsequenten Verfechter der gewerkschaftlichen Forderungen sieht. Natürlich steckt hinter der Verlagerung des Schwergewichts auf lebenswichtige Betriebe insofern eine vernünftige streiktaktische Anschauung, da hier nämlich mit dem Einsatz geringer Mittel ein größtmöglicher Erfolg erzielt werden kann, zumal die mitbetroffene Bevölkerung immer daran interessiert sein wird, eine schlechte Versorgungslage so schnell wie möglich zu

überwinden. Von daher erscheint der Streik in lebenswichtigen Betrieben wirklich als das allerletzte Mittel, das gewerkschaftlicherseits benutzt werden darf. Vom christlichen Verständnis her steht das Gruppeninteresse erst dann vor dem Gemeinwohl, wenn die um ihre Existenz ringende Gruppe von den übrigen gesellschaftlichen Kräften an der Durchsetzung berechtigter Forderungen gehindert wird. Die Beschlüsse der Sondersitzung der Hamburger Bürgerschaft beweisen, daß dies nicht der Fall war.

So drängt sich nun dem vorurteilslosen und doch kritischen Betrachter die Ansicht auf, daß der Streik der OTV in Hamburg in etwa als „Einzugsmarsch“ der großen Tariffkommission der OTV zu den Verhandlungen mit den Vertretern des Bundes, der Länder und der Gemeinden gedacht war. Die OTV hat zweifellos mit der Aktion in Hamburg auch ihre Stärke demonstrieren wollen, und so hoffen wir, daß es bei dieser Demonstration bleibt und in den Verhandlungen um ein sachliches und alle Teile befriedigendes Ergebnis am Verhandlungstisch gekämpft wird.

Streikmüdigkeit in Bayern

Der Metallarbeiterstreik in Bayern hat zum ersten Mal konkrete Schlüsse über das Verhältnis der Arbeitnehmerschaft zur Gewerkschaft ermöglicht. Von den Beschäftigten in der bayrischen Metallindustrie haben nur 50 Prozent mitgestreikt. Natürlich ist hierbei zu berücksichtigen, daß nur ungefähr die Hälfte der bayrischen Metallarbeiter organisiert ist und daß der Streik in die Hochwassergebiete dieses Sommers nicht ausgedehnt wurde. Und doch ist es interessant, wie wenig Durchschlagskraft die Entscheidung der Gewerkschaft und ihrer Mitglieder bei den Metallarbeitern Bayerns hatte. Liegt es vielleicht daran, daß mehr als 80 Prozent der heutigen Mitglieder des DGB vor 1933 keiner Gewerkschaft angehörten? Für viele der in den letzten Streik verwickelten Arbeitnehmer war die Beteiligung an den Kampfmaßnahmen ein Sprung ins Wasser, ohne des Schwimmens kundig zu sein. Natürlich sind die Arbeitnehmer für Erhöhung ihrer Löhne und Gehälter. Und doch haben die gewerkschaftlichen Forderungen und deren Begründung die bay-

rischen Metallarbeiter nicht ausreichend überzeugt. Die Zahl der Arbeitswilligen wuchs bekanntlich mit der Dauer des Streiks.

Diese Entwicklung wurde sehr wesentlich dadurch beeinflußt, daß die tatsächlich gezahlten Löhne (Effektivlöhne) zum Teil recht erheblich über den tariflich gebundenen Ecklöhnen liegen. Eine Erhöhung dieser Ecklöhne um 8 oder 10 Pfg. würde daher für eine nicht unerhebliche Zahl von Metallarbeitern bedeuten, daß die vom Betrieb gezahlten Effektivlöhne tariflich gebunden werden sollen, ohne daß es zu einer direkten Erhöhung der gezahlten Effektivlöhne käme. Die Industriegewerkschaft Metall hat daher auch für andere Teile des Bundesgebietes eine Erhöhung der jeweiligen Spitzenlöhne um 12 Pfg. gefordert. Bei dieser Forderung wird allerdings außer acht gelassen, daß ein Teil der heutigen Spitzenlöhne jeweils durch besondere betriebliche und marktmäßige Umstände möglich wurden. Eine allgemeine Erhöhung der Metallarbeiterlöhne um 12 Pfg. kann daher nur als Ausgangsbasis der IG Metall für Verhandlungen angesehen werden. In diesen Verhandlungen wird nach Lage der Metallindustrie und ihrer Betriebe eine differenzierte Lohnerhöhung ausgehandelt werden müssen. Es wäre zu wünschen, wenn in der Aufklärung der Arbeitnehmer durch die Gewerkschaften stärker solche sachlichen Gesichtspunkte in den Vordergrund gerückt würden; denn die Entschlossenheit des modernen Arbeitnehmers, sich für die gerechten Forderungen mit allen Mitteln einzusetzen, hat ihren Nährboden nicht allein in unerfüllten, ultimativen und hohen Lohnforderungen, sondern in viel stärkerer Weise in der sachlichen Überzeugung, daß die geforderte Lohnerhöhung auch tatsächlich von den Arbeitgebern zugestanden werden kann, ohne größere Volksschichten zu belasten.

Die bereits zitierten Regeln für Arbeitskämpfe einzelner Gewerkschaften des DGB haben im Paragraph 1, 3 auch folgenden Hinweis: „Vor jeder Arbeitseinstellung sind die Verhandlungsmöglichkeiten auszuschöpfen“. In Gewerkschaftskreisen ist in den letzten Monaten viel darüber geklagt worden, daß die Arbeitgeberseite den Forderungen der Gewerkschaften gegenüber immer unzugänglicher gewor-

den sei. Liegt hier die moralische Begründung für die sehr schnell entstandenen Lohnkämpfe? Auf jeden Fall sind die Streikmaßnahmen in Bayern für die Metallindustrie Zeichen eines erheblichen Mißtrauens gegenüber den Arbeitgebern. Dieses nur zum Teil berechtigte Mißtrauen sollte unseres Erachtens nicht der Anlaß von Arbeitskämpfen sein, denen die Arbeitnehmerschaft nicht geschlossen folgen kann.

Die gemeinsame Lohnpolitik als Aufgabe

Wer die Begründungen liest, mit denen der DGB durch sein wirtschaftswissenschaftliches Institut seine Lohn- und wirtschaftspolitischen Forderungen belegt und auf der anderen Seite prüft, mit welchen Begründungen das Deutsche Industrieinstitut der Arbeitgeberverbände diese Forderungen ablehnt, dann kann mitunter der Eindruck entstehen, als ob 1 und 1 einmal 2, einmal 3, einmal 5, dann wieder aber auch 0 sein kann. Natürlich ist dieses Beispiel eine erhebliche Übertreibung, doch zeigt sich hier eine Tendenz, wissenschaftliches Material vom jeweiligen Gruppenstandpunkt her zusammenzutragen und einseitig auszuschlachten. Diesem unsittlichen Treiben sollte ein Ende gesetzt werden und es wäre an der Zeit, nun endlich den schon vielfach gemachten Vorschlag zu realisieren, einen gemeinsamen Ausschuß von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zu bilden, der die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts unter Berücksichtigung der außerhalb des Arbeitsprozesses stehenden Menschen prüft und damit die Grundlagen für eine gemeinsame Beurteilung über die Möglichkeit neuer Lohn- und Gehaltserhöhungen schafft. Auf diese Weise könnte unnötige Polemik und mancher sinnlose Schaden unseres Wirtschaftsgefüges vermieden werden.

Die Ereignisse in Hamburg und Bayern zeigen aber auch, daß unser Schlichtungswesen so ausgebaut werden muß, daß es zu echten Funktionsmöglichkeiten unter weitestgehender Vermeidung von Arbeitskämpfen in der Wirtschaft kommt. Der Streik als unaufgebbares Recht der Arbeitnehmer in einer freien Gesellschaft erfordert straffe Disziplin in der Entschei-

dung — ob von dem Recht Gebrauch gemacht wird oder nicht. Der wirtschaftliche Stand und damit zugleich die innere Festigkeit unseres Volkes kann durch Wirtschaftskämpfe aufs stärkste erschüttert werden. Und das sind heute Fragen, die nicht nur den Menschen in der deutschen Volkswirtschaft interessieren, sondern die leicht im Kräftespiel zwischen Ost und West weltpolitische Bedeutung erlangen. Die diesbezügliche Rücksichtnahme der Gewerkschaften beschränkt sich nicht auf die Ablehnung von Solidaritätssammlungen des „FDGB“ in der Sowjetzone; sie sollte auch in stärkerem Maße Rücksicht nehmen auf das Urteil der freien Welt über die Entwicklung der Bundesrepublik als dem freien Teil unseres deutschen Volkes. Gerade aus dieser Verantwortung heraus sollten sich auf beiden Seiten der Sozialpartner Männer und Frauen finden, die zu neuen Formen vertrauensvoller Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft bereit sind.

Den arbeitenden Menschen ist in unserer Wirtschaft und Gesellschaft ein gerechter Anteil an den gemeinsam erarbeiteten Gütern zu garantieren. Dies ist nicht allein eine Frage der Hebung des „Lebensstandards“, sondern mindestens ebenso eine Frage der verantwortungsbewußten Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand. Die Möglichkeiten hierzu liegen zuallererst im Bereich der Wirtschaft und der Betriebe. Sie wird sich zunächst in der Hauptsache durch die Regulierung des Lohngefüges ermöglichen lassen, und es wäre ratsam, wenn sich die Gewerkschaften in sinnvoller Ergänzung zu ihrer bisherigen überbetrieblichen Lohngestaltung zuwenden würden. Es ist heute eine zwingende gewerkschaftliche Aufgabe, die Betriebsräte als Vertreter der Belegschaften in den Stand zu setzen, betriebliche Lohnabkommen abzuschließen, die in Ergänzung zu den allgemeinen Tariflöhnen die jeweiligen betrieblichen Möglichkeiten zu Einkommensverbesserungen ausschöpfen. Die Frage der Beteiligung von Arbeitnehmern am Besitz der Produktionsmittel ist eine andere Frage, die aber auch seitens der Gewerkschaften mit größerer Aufgeschlossenheit geprüft werden sollte.

—ch

DAS WORT

Knechte und Herren

(Röm. 8, 13–15)

Es ist ganz menschlich, daß wir alle vom Leben etwas erwarten. Wir erwarten von unserem Beruf, daß er uns befriedigt oder daß wir zum mindesten durch ihn zu Geld kommen. Wir erwarten von der Liebe, daß sie uns die Erlösung aus unserer Einsamkeit bringt. Wir erwarten von einem Urlaub, daß er uns aus dem Einerlei des Alltags befreit und Erholung beschert. Noch einmal — das ist alles ganz menschlich.

Beängstigend dabei ist nur die Tatsache, daß unsere Erwartungen immer größer werden, ja, daß sie sehr oft einfach maßlos geworden sind. Wir erwarten das eine Mal vom Geld, das andere Mal von der Geliebten und dann wieder vom Motorrad das Letzte, schlechthin alles. Ja, wir liegen geradezu vor dem, von dem wir alles erwarten, in Verzückung und Anbetung auf den Knien. Wir hängen uns an unser Gehalt, an den Staat oder an die Technik, um uns von ihnen tragen und sichern zu lassen. Das aber ist ein Fehlschluß, wobei wir zuletzt den Grund unter den Füßen verlieren. Denn wo immer wir von Menschen, die ja stets wie wir noch unvollkommen und des Heils bedürftig sind, das Letzte erwarten, dort liegen wir vor unseres gleichen auf den Knien. Wer aber gar von der Technik, also von einem Sachzusammenhang, das Letzte erwartet, der wird einer Sache hörig, der wird der Sklave eines Dinges. Der Apostel Paulus drückt das so aus: Wo ihr nach dem Fleisch leben werdet, das heißt, wo ihr von Menschen oder Dingen das Letzte erwartet, dort werdet ihr sterben müssen, das heißt, dort betrügt ihr euch selbst um das eigentliche Leben.

Angesichts dieser Tatsache werden wir auch als Christen zugeben müssen, daß wir nur allzuoft in ähnlicher Weise in unseren Gebeten vor unseren Wünschen und Hoffnungen, ja, vor dem Gott, der angeblich unseren Erwartungen entsprechen muß, auf den Knien liegen. Es ist daher für uns alle so wichtig, daß wir uns der Tatsache stellen, daß Gott in Jesus Christus immer als der ganz andere vor uns steht. Er ist immer anders und größer als unser Herz, anders und größer als unsere Gedanken und Vorstellungen. Der eine Balken seines über

uns aufgerichteten Kreuzes streicht unsere maßlosen Erwartungen radikal durch. Wo immer wir aber uns von dieser Erkenntnis überwinden lassen und also unsere eigenen maßlosen Erwartungen aufgeben, da werden wir auch den anderen Kreuzesbalken zu Gesicht bekommen, der unmittelbar auf das Herz Gottes weist. Dann aber wird über unsere einmal fröhlich dankbaren und das andere Mal armen und gequälten Lippen das Gebet kommen: Lieber Vater.

Wenn wir so beten, dann ist der Knechtsgeist, der Geist der Verfallenheit an die Menschen und Dinge dieser Welt, überwunden. Jener Knechtsgeist, der immer nur bei sich selbst stehen bleibt, der im Grunde nie zu antworten und darum eigentlich auch nie zu lieben bereit ist. Jener Knechtsgeist, der ständig in sich selbst verliebt ist, in seine eigenen arroganten Fähigkeiten oder auch in die als schicksalhaft empfundenen Unfähigkeiten. Im Gebet wird der Geist der Knechtschaft überwunden durch den Geist der Freiheit, da wird diese Welt aus Gottes Hand genommen, als Lobpreis und Aufgabe. Das aber ist die Freiheit: dieser Welt sich in jedem Augenblick mit den größten Erwartungen hingeben, ohne sich jedoch an sie zu verlieren. So ist der Beter überhaupt erst der wirklich freie Mensch. Er vermag die ganze Schönheit dieser Welt in kindlicher Freude zu preisen.

Daher läuft dieser Freie auch dann seinem Gott nicht fort, wenn er ihn in die Not und die Gefahr führt. Er übereignet sich auch in der Bedrängnis und Gefahr den Händen, die nie aufhören, ihm Leid und Freud zu segnen. Gerade deswegen wird dem Beter nun auch in der Bedrängnis oder gar im Gefängnis der Raum der Freiheit, der Raum des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung, ja des Bekenntnisses geschenkt: Ich rede von deinen Zeugnissen vor Königen und schweige nicht.

Man kann daher mit Dietrich Bonhoeffer die Freiheit der Kinder Gottes geradezu mit zweierlei umschreiben: mit dem Gebet und mit dem Tun des Gerechten unter den Menschen. Das scheint wenig zu sein, vor allem wenig Erfolg verheißend, und doch ist alles darin umschlossen. Denn wer betet, der redet und handelt anders. Er hat es mit allem Menschlichen und Natürlichen zu tun wie jeder andere auch. Aber er weiß in all seinem Tun um die große Erwartung der Kinder Gottes: „Und Gott wird abwischen alle Tränen von ihren Augen; und der Tod wird nicht mehr sein, noch Leid, noch Geschrei, noch Schmerz wird mehr sein; denn das Erste ist vergangen.“

Ja, hinter dem Tun und Reden der Kinder Gottes verbirgt sich die Erwartung, die feste Gewißheit, daß Gott immer, heute, morgen und zu allen Zeiten, recht behalten wird. Weil sie aber so Großes von ihrem Gott erwarten, darum brauchen sie nun nicht ständig darauf bedacht zu sein, selber recht zu behalten. Sie können vielmehr alles daransetzen, dieser Welt und diesem irdischen Leben zu dienen und dabei niemanden und nichts aufzugeben. Die Kinder Gottes mögen in dieser Erwartung arm und ohnmächtig sein, aber sie sind zutiefst überzeugt von der Wahrheit, daß Gott gerade auch durch ihre Ohnmacht und Armut zu seinem Ziel kommt, und damit auch zu ihrem Ziel.

Dieter Andersen

entnommen dem „Sonntagsblatt“,
herausgegeben von Bischof D. Hanns Lilje

DAS *neue* BUCH

Hermann Böhrs und Helmut Schelsky:
**Die Aufgaben der Betriebssoziologie
und der Arbeitswissenschaften;** Ring-
Verlag Stuttgart und Düsseldorf, 1954;
56 Seiten, broschiert DM 3,20.

Im vorliegenden Aufsatz gibt Schelsky wertvolle Hinweise zur Abgrenzung des Begriffs und zur Klärung der Aufgabenstellung der Betriebssoziologie. Seitdem man den Betrieb nicht mehr als ein nur wirtschaftliches Unternehmen, sondern auch als ein soziales Gebilde zu verstehen gelernt hat, existiert das bewußte Bemühen um seine Einordnung in die Gesellschaft. Dabei fällt der Betriebssoziologie als der theoretischen Vorstufe der sozialen Praxis die Sorge um die „nichtökonomischen Bedürfnisse des Menschen“ im Betrieb zu. Ihre hauptsächlichen Aufgabengebiete sind dabei die Einzel- und Gruppenbedürfnisse bei der Arbeit, die Fragen der Über- und Unterordnung (Betriebshierarchie) und die Wechselwirkungen zwischen Betrieb und Gesellschaft.

Wesentlich ist die Grenzziehung, die Schelsky gegenüber der amerikanischen Betriebssoziologie vornimmt und der er den Vorwurf macht, daß sie die sozialen Erscheinungen im Betrieb zu isoliert von der übrigen Gesellschaft untersucht. Er warnt daher vor einer Übertragung dieser Methode auf die europäischen Verhältnisse, wo die Einflüsse der Umwelt auf den Betrieb viel stärker als in den USA wirksam sind und die praktische Auswer-

tung der amerikanischen Forschungsergebnisse unter Umständen ganz andere Resultate hervorbringen kann. Schelsky sieht daher die besondere Aufgabe der deutschen Betriebssoziologie in ihrem heutigen Stadium in einer stärkeren Ausrichtung auf die gesamt-gesellschaftlichen Bezogenheiten, auf die Wechselwirkungen zwischen Betrieb und Gesellschaft. Das Verhältnis des Einzelnen im Betrieb sei hier mehr durch außerbetriebliche, gesellschaftliche Fakten bestimmt als durch die sozialen Bindungen im Betrieb, die sogenannten informellen Gruppen. Daher erscheinen Schelsky auch die hauptsächlichen Spannungen im Betrieb als von außen in diesen hineingetragen. Zwei Spannungen sind es vor allem, die im Betrieb wirken, und zwar 1. die nichtaufhebbare zwischen wirtschaftlich-technischer Sphäre einerseits und der sozialen andererseits, die der Rücksicht auf den arbeitenden Menschen den Zwang zur Wirtschaftlichkeit und Produktivität gegenüberstellt, und 2. die nicht notwendige Spannung zwischen inner- und außerbetrieblicher Sozialpolitik, die in Deutschland durch die geschichtliche Entwicklung bedingt ist.

Schelsky sieht hier die Aufgabe der Betriebssoziologie in einer Versachlichung der Problematik und in einer Förderung der Kenntnis der gegenseitigen Standpunkte der verschiedenen Sozialpartner. Dadurch wird die Betriebssoziologie zu einer Wissenschaft des bestmöglichen Kompromisses zwischen den vorhandenen Gegensätzen innerhalb der industriellen Arbeitswelt.

Dieser Versachlichung der Betriebsproblematik, die um so notwendiger ist, da das Operieren mit dem Begriff der zwischenmenschlichen Beziehungen (human, public und labor relations) in den USA schon eine ähnliche ideologische Bedeutung angenommen habe wie der Sozialismus in Europa, dienen auch die Arbeitswissenschaften, die sich mit der menschlichen Arbeit im Betrieb beispielsweise unter medizinischen, psychologischen, pädagogischen oder technischen Gesichtspunkten befassen. Auch sie gehen davon aus, daß der Betrieb nach „außen wirtschaftlich und nach innen sozial“ sein soll.

L. W.

Präses D. Wilm, Hugo Krueger, Horst Bühler, Kurt Gaupp, Friedrich Wiedermann, Paul Gottschalk, Peter Köhler, Hans Timme: **Kirche im Industriegebiet**; Luther-Verlag, Witten/Ruhr; 1954, 50 Seiten, broschiert DM 1,—.

Der Luther-Verlag in Witten legt hier ein Heft vor, das im Auftrag des Ausschusses für kirchliche Aufbauhilfe der Evangelischen Kirche von Westfalen herausgegeben worden ist und eine Reihe von Aufsätzen in sich vereinigt, die sich mit den Problemen der neu begründeten Gemeinden und des Kirchenbaues in den Industriezentren des Ruhrgebietes befaßt. Das Ganze wirkt sehr lebendig, die einzelnen

Aufsätze sind glücklich ausgewählt und gut aufeinander abgestimmt und eröffnen interessante Einblicke in die Schwierigkeiten, die sich dem Pfarrer und seinen Helfern heute in den neu errichteten Siedlungen am Rand der Industriestädte entgegenstellen. Dabei werden manche wertvolle Anregungen vermittelt, die aus dem Bemühen um die Suche nach neuen Formen des gemeindlichen Lebens entspringen.

Trotz des erschreckenden Mißverhältnisses zwischen der Kraft der einzelnen Gemeinden und ihren Aufgaben, zeigt es sich, wie lebendig vielerorts das kirchliche Leben ist und daß die Kräfte, die hier am Werk sind, nicht übersehen werden dürfen.

L. W.

Mit dem Bücherlesen ist's eine eigene Sache. Wer es versteht und sich am Stil, am Inhalt und an allem andern erbauen und erfreuen kann, ist so reich, daß er dem Nächsten, der es nicht versteht, noch viel von seinem Reichtum abgeben kann. Für beide ist dann ein Buch, wenn's gut ist, ein Vermögen, und wenn's schlecht ist, kein Verlust.

Bemerkens- werte



„Schicksalswende“ („Die Entlassung“)

Herstellung: Tobis-Film in Berlin; Drehbuch: Curt Johannes Braun und Felix von Eckardt; Spiel-
leitung: Wolfgang Liebeneiner; Besetzung: Emil
Jannings, Werner Krauß, Theodor Loos, Werner
Hinz, Karl Ludwig Diehl, Otto Graf, Christian
Kayßler, Paul Bildt; Kamera: Fritz Arno Wagner;
Herstellungsjahr: 1942; Prädikat im Dritten Reich:
„Film der Nation“, staatspolitisch und künstlerisch
besonders wertvoll; Selbstkontrolle: Nicht jugend-
fördernd, jugendgeeignet, feiertagsfrei.

Der ursprüngliche Titel „Die Entlassung“
gibt den sachlichen Inhalt des Films genau
an. Das Drehbuch ist ziemlich eng ange-
lehnt an die historische Wirklichkeit bis
hinein in Einzelheiten, die *Bismarck* in
seinem Erinnerungswerk niedergelegt hat.
Zeitlich wird die Periode vom Tode *Wil-
helms I.* (1888) bis zu Bismarcks Abschied
(1890) erfaßt, manche Ereignisse um der
dramatischen Steigerung willen zeitlich
etwas verschoben und der Ton auf die Ver-
antwortung der Berater des Kaisers, vor-
nehmlich der „Grauen Eminenz“ gelegt.
Karriere und Geltungsbedürfnis werden
ausgespielt gegen die unermüdliche Sorge
eines Mannes um sein Werk.

Der Film ist gute Vorkriegsarbeit in An-
lage, Fotografie und Darstellung, für die
hervorragende Schauspieler bürgen. Er
kann den Blick schärfen für politische Zu-
sammenhänge und rechte Verantwortung.
Er wird vor allem darin einen wichtigen
Dienst tun können, daß wir nicht in den

Vordergründigkeiten untergehen, sondern
näher an die Wurzeln deutschen Schick-
sals herangeführt werden. Wenn der Film
diesen Dienst aber tun soll, dann muß er
kritisch betrachtet werden. Dabei wird
sich ergeben, daß die Gestalt *Wilhelms II.*
so nicht wesentlich erfaßt ist, wie sie hier
auf der Leinwand erscheint. Es mag histo-
risch jeder dargestellte Zug an dieser Ge-
stalt belegt werden können, dann ist dieser
Wilhelm II. dennoch entscheidend ver-
zeichnet. Er war eben doch kein Hampel-
mann trotz aller Eitelkeit und Lenkbarkeit,
sondern eine tief tragische Gestalt, in der
deutsches Wesen und Schicksal erschüt-
ternd verkörpert war. Man hat zuweilen
das Gefühl, als solle in der Maske des
letzten Hohenzollern ein *Adolf Hitler*
lächerlich gemacht werden. Aber auch diese
Absicht wäre zu verwerfen, da das Thema
dafür zu ernst ist. Auf jeden Fall wäre so
oder so an die Verantwortung des 8. Ge-
botes zu erinnern, um unserer selbst willen.

Ein eindrucksvoller und notwendiger histo-
rischer Film, der, kritisch gesehen, ab
16 Jahren zur Erweiterung des Horizonts
beitragen kann, aber zugleich zur eigenen
Urteilsbildung auffordert. Ze.

„Fußballweltmeisterschaft 1954“

Herstellung: Sportfilm-G.m.b.H. in München; Text:
Josef Kirmaier; Sportliche Gestaltung: Sammy
Drechsel; Sprecher: Heribert Meisel, Herbert Zim-
mermann; Herstellungsjahr 1954; Selbstkontrolle:
Jugendfördernd, jugendgeeignet, nicht feiertagsfrei.

Überraschend schnell (ähnlich wie im vori-
gen Jahr der englische Krönungsfilm) liegt
jetzt dieser programmfüllende Kamera-
bericht über die Kämpfe der 5. Fußball-
Weltmeisterschaft vor, schon wenige Stun-
den, nachdem sich in Bern der westdeut-
sche Sieg entschied. Drei Wochen lang, vom
16. Juni an, rollte das „Leder“ und nun
läßt der Film noch einmal, in buntem
Szenenwechsel, die packendsten Momente
lebendig werden. Gezeigt werden Aus-
schnitte aus insgesamt zwanzig Spielen.
Der „Löwenanteil“ für das Gelingen der
Reportage kommt dabei unzweifelhaft den
beiden temperamentvollen Sprechern zu,
die sich u. a. an einem der Höhepunkte,
bei dem Treffen Deutschland gegen Öster-
reich, ein humorvolles „Rededuell“
liefern.

Eine harmlos vergnügliche Rahmenhandlung lockert das Ganze in „nervenberuhigender“ Weise auf: Ein sportbegeisterter Schweizer Junge, Marco mit Namen, schlägt sich trampend trotz abenteuerlicher Schwierigkeiten zum Endspiel durch und gerät dabei auch einmal „hinter die Kulissen“ des Stadions. Zudem sind viele schöne Landschaftsbilder von den Orten der Wettkämpfe (Bern, Basel, Zürich, Lausanne, Lugano, Genf) zwischengeschaltet, ferner auch Bilder aus dem Trainingsquartier der deutschen Nationalmannschaft in Spiez am Thunersee, wo die Spieler unter Bundestrainer Sepp Herberger in „Großaufnahmen“ versammelt sind.

Gewiß werden für den einen oder anderen Zuschauer noch Wünsche offen bleiben; aber solche Lücken und Unebenheiten sind der Eile zuzuschreiben, mit der das Material zusammengestellt werden mußte. Dafür treten einzelne Spannungssituationen (z. T. in Zeitlupenaufnahmen) deutlich genug in den Vordergrund.

Insgesamt erscheint hervorhebenswert, daß der vorliegende Streifen nicht in den

törichtem Taumel einiger unreifer „Fans“ verfällt, sondern vielmehr die gebotene sachliche Distanz wahrt, da es sich ja, richtig verstanden, „nur“ um Sport handelt. Die Frage, ob dieser Film denn nicht nur für eingeschworene Sportkenner in Betracht komme, ist ohne Zögern zu beantworten: Er ist sehenswert für alle, selbst für Fußball-„Laien“, und besonders auch für unsere Jugend. e. s.

**Die Evangelische Filmgilde
empfiehlt:**

- „Mandy“
- „Königliche Hoheit“
- „Ein Herz und eine Krone“
- „Martin Luther“
- „Die letzte Brücke“
- „Der Mantel“
- „Das große Abenteuer“

Wer nicht im Inneren völlig frei ist, kann auch nicht über den Dingen stehen, und wer nicht über den Dingen stehen kann, kann nicht künstlerisch gestalten, sondern höchstens registrieren.

Hanns Lilje



POLITIK

Von den 29 im SPD-Jahrbuch als der SPD politisch nahestehend gekennzeichneten Zeitungen bekennen sich in dem in Essen herausgegebenen „Leitfaden für Presse und Werbung“ nur 15 Zeitungen zur SPD, 8 wollen als unabhängig oder neutral gelten, 4 sind ohne jede Kennzeichnung und 2 Zeitungen sind gar nicht aufgeführt.

WIRTSCHAFT

Unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Lübke wurden die Verhandlungen über den Landarbeiterlohn in Schleswig-Holstein zum Abschluß gebracht. Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten sollen vom 1. August dieses Jahres an die Löhne für männliche Freiarbeiter über 21 Jahre um 5 Dpf. pro Stunde, alle übrigen Löhne um 4 Dpf. erhöht werden. Die Monatslöhne werden ebenfalls entsprechend heraufgesetzt. Das Abkommen ist bis zum 31. Dezember 1954 unkündbar. Die Tariskommission der Arbeitnehmer hat der Erhöhung bereits zugestimmt. Wie bekannt wurde, ist auch damit zu rechnen, daß die Arbeitgeber zustimmen werden. Der Stundenlohn für über 21 Jahre alte Freiarbeiter beträgt nunmehr 107 Dpf; Landarbeiterinnen über 18 Jahre erhalten 69 Dpf. pro Stunde.

Der Anstieg der Reallöhne in der Industrie der Bundesrepublik in den Jahren 1950 bis 1953 hat mit dem Anwachsen der Produktivität je Beschäftigten im gleichen Zeitraum Schritt gehalten. Die Produktivi-

tät nahm von 1950 bis 1953 um 19,8 Prozent zu, während die Reallöhne angesichts einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten um nur 8 Prozent ebenfalls um 19,4 Prozent stiegen.

Der Anteil des Arbeitnehmereinkommens ist gestiegen. Nach den nunmehr auch vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Berechnungen ist von 1949 bis 1953 im Bundesgebiet das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit von 39,6 auf 65,5 und das Nettoeinkommen von 31 auf 50,2 Milliarden DM gestiegen. Der Anteil des Bruttoeinkommens am Netto-Sozialprodukt zu Faktorkosten ist von 62,7 Prozent im Jahre 1949 auf 63,5 Prozent im Jahre 1953 gestiegen und hat damit seinen höchsten Stand in der Nachkriegszeit erreicht.

GEWERKSCHAFT

Walter Freitag, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, vollendete im August sein 65. Lebensjahr. Zu seinem Geburtstag gingen ihm eine große Anzahl von Glückwünschen aus dem In- und Ausland zu.

Das Deutsche Industrieinstitut erklärte vor einiger Zeit, daß zehn den Gewerkschaften nahestehende Personen fünf oder mehr Aufsichtsratssitze auf sich vereinigen, was als eine „Häufung von Aufsichtsratsposten bei Gewerkschaftsfunktionären“ anzusehen sei. Wie der DGB-Informationsdienst dazu mitteilt, handelt es sich dabei aber so gut wie ausschließlich um Beauftragte der Gewerkschaften, die gemäß dem Mitbestimmungs- und dem Betriebsverfassungsgesetz Aufsichtsräten angehören.

Eine gemäßigte Haltung in der Lohnfrage lassen die kürzlich vom Britischen Gewerkschaftsrat veröffentlichten Anträge der Einzelgewerkschaften zum britischen Gewerkschaftskongreß im September erkennen. Der Gewerkschaftsrat selbst wird auf dem Kongreß, wie wir erfahren, die Parole vertreten: „Lohnerhöhungen sind keine Lösung, haltet die Preise stabil und dann geht an die Verbesserung des Geldwertes“.

Die vom DGB ins Leben gerufene Stiftung „Mitbestimmung“ hat nach Anerkennung ihrer Gemeinnützigkeit die Arbeit aufgenommen. Aufgabe der Stiftung soll es

sein, mittellosen begabten Arbeitnehmern und deren Kindern eine Fortbildung oder Ausbildung zu ermöglichen. Vorsitzender der Stiftung ist der frühere Vorsitzende der IG Bergbau, *August Schmidt*. Der erste Vorsitzende des DGB, *Walter Freitag*, hat die Leitung des Kuratoriums inne. Die Mittel dieser Stiftung sollen vorwiegend durch Einzahlungen von Arbeitnehmersvertretern aufgebracht werden, die Aufsichtsräten angehören oder die Tätigkeit eines Arbeitsdirektors ausüben.

KIRCHE

Einen starken Andrang kann das neugeschaffene Diakonie-Wissenschaftliche Institut in Heidelberg verzeichnen. Das erste Semester seit Bestehen wurde abgeschlossen. Im kommenden Wintersemester wird über die Entstehung und Ausweitung der sozialen Frage und über die Probleme der sozialen Sicherheit gelesen werden.

Zu lebhaften Aussprachen über die Überforderung des Schulkindes kam es auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum. An der Tagung nahmen Eltern und Lehrer aus Ost- und Westdeutschland teil. Dabei wurde immer wieder betont, daß das Schulkind heute von Hausaufgaben überlastet sei. Man müsse deshalb eine Störung der natürlichen Entwicklung des Kindes befürchten. Auf der anderen Seite wiesen die Lehrer auf die umfangreichen Stoffpläne hin, an die sie — auch in gewisser Weise unter dem Druck der Wirtschaft — gebunden seien.

Billy Graham, der bekannte amerikanische Evangelist, wird im Frühjahr 1955 erneut auf drei oder vier Monate zu einem „Erweckungsfeldzug“ nach England kommen. Er hat demnach die Einladung des Evangelischen Bundes in Großbritannien angenommen. Billy Graham beabsichtigt jedoch, seine Tätigkeit nicht auf London zu beschränken; er wird seine Zeit vielmehr auf eine Reihe von mittelenglischen Städten und auf die schottische Stadt Glasgow aufteilen.

Propst D.-Heinrich Grüber, der bekanntlich um seine Pensionierung gebeten hatte, wird weiter im Amt bleiben. Nach seiner

Versetzung in den Ruhestand ist Propst Grüber vom evangelischen Konsistorium Berlin-Brandenburg bis auf weiteres mit der Weiterführung der Amtsgeschäfte von St. Marien und der Pfarrei von St. Nikolai beauftragt worden. Seine Tätigkeit als Beauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Regierung der DDR bleibt von seiner Versetzung in den Ruhestand unberührt. (Von einem „Ruhestand“ kann demnach keine Rede mehr sein! D. Red.)

Eine Erhebung der Presbyterien in Wuppertal-Barmen, die vor kurzem durchgeführt wurde, vermittelt eine Übersicht über die Art der Berufe in den Kreisen der aktiven Gemeindeglieder. Die Presbyterien setzen sich danach wie folgt zusammen: 41 Prozent Angestellte und Kaufleute, 23 Prozent Handwerker, 11 Prozent Arbeiter, 8 Prozent Akademiker, 5 Prozent Unternehmer und 4 Prozent Angehörige anderer Berufe. Das Durchschnittsalter der Kirchenältesten in Wuppertal-Barmen beträgt 55 Jahre.

VERMISCHTES

Ein Luftschutz-Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums soll in Kürze dem Kabinett zugeleitet werden. Dabei wird zwischen drei Luftschutzarten unterschieden: 1. Hausluftschutz; 2. erweiterter Selbstschutz (Banken, Theater, Kirchen usw.); und 3. Industrie-Luftschutz. Die Durchführung des Industrie-Luftschutzes übernimmt der Bundesverband der Deutschen Industrie in Selbstverwaltung.

Im Bundesgebiet arbeiten zur Zeit 2 400 ausländische Studenten während ihrer Ferien unentgeltlich beim Bau von Vertriebenensiedlungen mit. Es handelt sich dabei um Studenten aller Fakultäten, die vorwiegend aus Spanien, Belgien und Holland kommen. Staatssekretär Dr. Nahm hat im Kreis Offenbach eine 30-köpfige Gruppe dieser Studenten besucht und mit ihnen zusammen am Bau gearbeitet.

„Eines der ernstesten Probleme Deutschlands“ nannte Bundeskanzler Dr. Adenauer in Berlin vor Dozenten und Studenten der westberliner Hochschulen die schwierige soziale Lage der deutschen Studentenschaft. Der Bundeskanzler sagte, es sei verhäng-

nisvoll, wenn an die Stelle des industriellen Proletariats, das heute als überwunden angesehen werden könne, ein akademisches Proletariat trete.

„Ich habe durch meine Arbeit erkannt, daß viele Dinge nicht naturgesetzlich erklärt werden können“ sagte der Direktor des amerikanischen Atomforschungsinstitutes in Oak Ridge, Dr. William Pollard, der bis vor einiger Zeit Atheist war und nunmehr Theologie studiert hat. Er wurde kürzlich in der Anglikanischen Kirche zum Pfarrer ordiniert und übt nun neben seiner Eigenschaft als Direktor des Atomforschungsinstitutes die Tätigkeit des ersten „Atompfarrers“ aus.

Rund 15 700 neue Buchtitel erschienen im Jahre 1953 in der Bundesrepublik und in Westberlin. An erster Stelle der veröffentlichten Werke stand die schöne Literatur mit 17,7 Prozent, gefolgt von den Schulbüchern mit einem Anteil von 10,5 Prozent.

In der Hamburger Universität sprach der bekannte Soziologe Professor Dr. Schelsky über die Arbeiterjugend. Das Ergebnis der von ihm geleiteten Untersuchungen ließ sich auf die Formel bringen, daß die Arbeiterjugend als Untersuchungsgegenstand nicht mehr existiere. Der Arbeiter sei keine soziale Figur mehr, bei der Jugend am allerwenigsten. Das soziologische Nivellament unserer Gesellschaft habe das Bewußtsein, eine eigene soziale Gestalt zu sein, völlig aufgehoben. Man unterscheide sich nur noch arbeitsrechtlich als Lohn- oder Gehaltsempfänger und habe überall die gleichen Bedürfnisse und Chancen im Blick auf Lebensstandard und Aufstiegsmöglichkeit. Nur 2 Prozent der Jugendlichen bezeichneten sich bei Umfragen in den Berufsschulen als Arbeiter. Jeder nenne seine spezielle Tätigkeit, und auf die Frage, wodurch man sich vom Angestellten unterscheidet, gäbe es kaum noch eine eindeutige Antwort.

Aktuelles aus der Sozialpolitik

Mit einem Gesamtaufwand von etwa 630 Millionen DM sollen vom 1. Januar 1955 an rund 3,3 Millionen alte Renten, die auf Leistungen aus der Zeit vor 1933 beruhen, aufgebessert werden. Dies sieht der Entwurf eines „Gesetzes zur Gewährung von Mehrbeträgen auf alte Renten“ vor, der von Bundesarbeitsminister Storch im Bundeskabinett eingebracht wurde.

*

Der Präsident des Bundesarbeitsgerichts, Professor Dr. Nipperdey, führte kürzlich in einem Rundfunkinterview aus, die soziale Marktwirtschaft sei nach seiner Ansicht ein geeignetes Instrument, um den Arbeitsfrieden und eine Harmonisierung von Wirtschafts- und Sozialpolitik herzustellen. Er habe bereits früher die Auffassung vertreten, daß man diese Wirtschaftspolitik nicht beliebig ändern könne, da das Grundgesetz in einer Reihe entscheidender Bestimmungen diese Wirtschaftspolitik der sozialen Marktwirtschaft festgelegt habe.

Nach Artikel 2 habe somit jeder das Recht auf die Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung, gegen die Rechte Dritter oder das Sittengesetz verstößt. Allerdings unterliege dieses Recht auf freie Entfaltung gewissen Beschränkungen, die sich daraus ergeben, daß sich die gleiche Verfassung zu den Prinzipien des sozialen Rechtsstaates bekannt hat. Diese Verbindung von Freiheit und Sozialprinzip bezeichnete Nipperdey als die richtige und geeignete Synthese, die auch Voraussetzung sei für eine sachliche und verantwortungsvolle Zusammenarbeit der Sozialpartner unter Vermeidung einer staatlichen Zwangsschlichtung.

*

Gegen eine Regelung von Meinungsverschiedenheiten der Sozialpartner durch ein staatliches Schlichtungswesen für Verbindlichkeitserklärungen sprach sich der Hauptvorstand der IG Bergbau auf einer

Vorstandssitzung in Bochum aus. Jede Zwangsschlichtung, so teilte der Vorstand mit, sei dem Ansehen des demokratischen Staates abträglich. Der Staat würde dann am Ende doch als die Instanz angesehen, die die Löhne festsetze. Der Hauptvorstand der IG Bergbau setzte sich dafür ein, daß zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Industriegewerkschaften Vereinbarungen über Schlichtungsinstanzen ohne staatlichen Einfluß getroffen werden. Ein entsprechendes Modell solcher Vereinbarungen könne von den Spitzenorganisationen beider Gruppen entworfen werden.

*

Vor einer übereilten Einführung der fünftägigen Arbeitswoche warnte der stellvertretende Vorsitzende der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) *Johannes Even*, in der katholischen Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln. Millionen schlecht bezahlter Arbeiter, so schrieb Even, hätten mehr Interesse an höheren Löhnen und an der Erhaltung ihrer Kaufkraft, als an einer kürzeren Arbeitszeit.

*

Mitte September werden bei der Hohen Behörde in Luxemburg Sachverständige der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen aus den sechs Montanunionländern über Fragen der Berufsausbildung in der Eisen- und Stahlindustrie beraten. Dabei wird man sich vor allem mit den in Deutschland und Frankreich entwickelten Methoden der Berufsausbildung beschäftigen. — Ferner einigten sich die Arbeitsminister der sechs Montanländer über die Bedingungen, unter denen die Facharbeiter der Kohle- und Stahlindustrie die Freizügigkeit

für das gesamte Gebiet der Montanunion erhalten sollen. Wie Bundesarbeitsminister *Storch* hierzu erklärte, sei das entscheidende Problem, nämlich die Definition des Begriffes „Facharbeiter“, nach wie vor nicht gelöst. Für die Bundesrepublik wäre es wichtig, daß dieser Begriff nicht auch unqualifizierte Kräfte umschließe. Zur Verwirklichung der Freizügigkeit soll eine internationale Arbeitskarte eingeführt werden, die jeder als Facharbeiter anerkannte Bergmann oder Stahlarbeiter künftig auf Antrag erhalten kann.

*

Die Betriebe der gewerblichen Wirtschaft haben im abgelaufenen Jahr wieder eine steigende Zahl von Jugendlichen zur Ausbildung aufgenommen. Wie der Deutsche Industrie- und Handelstag mitteilt, hat die Zahl der Lehrlinge im Bundesgebiet im vergangenen Jahr gegenüber 1952 um etwa 60 000 zugenommen und damit etwa 600 000 erreicht. Die Industrie- und Handelskammern haben nahezu 175 000 Lehrlinge geprüft. In diesen Ziffern spiegeln sich das soziale Verständnis der Unternehmer für die schulentlassene Jugend sowie die Erkenntnis wider, daß der künftige Facharbeitermangel am wirkungsvollsten durch eine planmäßige Ausbildung der Jugendlichen überwunden werden kann.

*

Insgesamt 111 Firmen haben seit 1952 eigene Betriebskrankenkassen eingerichtet, nachdem die Sperrverordnung aufgehoben worden ist. Bei den geheimen Abstimmungen sprachen sich im Bundesdurchschnitt 83 Prozent der Belegschaften für die Einrichtung von Betriebskrankenkassen



EINE *Jungheims* UHR

Der gute Stern  für Deine Zeit

ZU HABEN IN DEN GUTEN
UHRENFACHGESCHÄFTEN

.....

aus. Der Vorsitzende des Hauptverbandes der Betriebskrankenkassen, Direktor Dr. Hilbert, wies bei der Vertreterversammlung des Hauptverbandes in Kassel darauf hin, daß die Betriebskrankenkassen, die heute im Bundesgebiet 2,5 Millionen Mitglieder bei industriellen Betrieben zählen und mit den Familienangehörigen 6 Millionen Menschen betreuen, sich erfolgreich bemüht haben, das ärztliche Honorar den gegebenen Verhältnissen anzupassen.

*

Der Reichsverband für Evangelische Alters- und Siechenfürsorge in Hannover hat ein neues Verzeichnis herausgegeben, das alle etwa 700 evangelischen Alterspflege- und Wohnheime für Alte in der Bundesrepublik nach Ländern geordnet enthält. Die Übersichtlichkeit wird durch ein beigefügtes Ortsverzeichnis erhöht. Für alle Dienststellen, die Hilfesuchende und Alleinstehende zu betreuen haben, ist das Verzeichnis ein unentbehrlicher Ratgeber. Bestellungen nimmt der Reichsverband in Hannover, Ebhardstr. 3a, entgegen.

*

Die drei Umschulungswerkstätten für Schwerkriegsbeschädigte in Schleswig-Holstein — darunter die Schulungswerkstätte der Inneren Mission und des Evangelischen Hilfswerkes in Husum — haben beachtliche Ergebnisse erzielt, wie das Kieler Ministerium für Arbeit, Soziales und Vertriebene feststellte. Die Berufsförderungsmaßnahmen führten dazu, daß den Schwerkriegsbeschädigten fast ohne Ausnahmen nach erfolgter Umschulung Arbeit vermittelt werden konnte.

*

Sorgfältige Untersuchungen bei rund 800 Arbeitnehmern in nordrhein-westfälischen Fabrikationsbetrieben haben — wie der Informationsdienst der deutschen Ärzteschaft berichtet — ergeben, daß der allgemeine körperliche Zustand der Arbeitnehmer nicht gut ist. Die Ärzteschaft betont, daß mindestens 60 Prozent der Untersuchten zur langfristigen Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit ärztliche Beratung dringend nötig hätten.

Fast 80 Prozent der Untersuchten arbeiteten durchschnittlich zu viel. Neben ihren Überstunden und der Sonntagsarbeit seien zahlreiche männliche Arbeitnehmer von etwa 35 Jahren aufwärts außerbetrieblich eingespannt. Viele arbeiteten im Schrebergarten, der nicht selten $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Morgen groß sei, viele als Angehöriger einer Baugenossenschaft, die zum Bau des angestrebten Eigenheimes ihr Mitglied auf Jahre hinaus außerhalb seiner regulären Arbeitszeit täglich mehrere Stunden mit Arbeit belaste. Die Jüngeren treiben — dem Bericht zufolge — Sport in häufig „merkwürdiger und beängstigender Form“. Die Grenze des gesundheitlich Tragbaren werde ohne Bedenken überschritten, der Arbeitsrhythmus leide am Anfang der Woche in vielen Fällen spürbar unter den Nachwirkungen des „Ausgepumptseins“. Bei älteren Arbeitern (die 50- bis 60jährigen) seien diese krankhaften Erscheinungen weniger wahrzunehmen, sie machten meist einen gesünderen und ausgeglicheneren Eindruck. Sie hätten noch einen Fundus und „ruhten mehr in der Arbeit“. Die Jüngeren, unter denen zwar noch Einzelgänger ein „inneres und von Beschaulichkeit getragenes Leben“ führten, würden überwiegend nur ein Ziel kennen: möglichst schnell Geld verdienen!

Wenn der Mensch meint, ein Recht auf Herrschaft über die Erde zu haben, ist er in einem Irrtum befangen. Er hat nur die Erde in Ordnung zu halten, aber in der Hand hat er sie nicht.

Aus der Broschüre „Fröhlich in Hoffnung“ zum Kirchentag 1954

Aus der Aktionsgemeinschaft

Berlin. Durch eine Selbsthilfeaktion der Gruppe „Erwerbslose“ des Laintages der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, deren Leitung in den Händen von Sozialpfarrer Dr. *Harald Poelchau* liegt, wurde 14 Erwerbslosen aus Berlin und einem Kollegen aus der DDR eine dreiwöchige Freizeit auf der Burg Giech bei Bamberg ermöglicht. Viele Teilnehmer dieser Gruppe sind vier und mehr Jahre erwerbslos und hatten die ehemalige Reichshauptstadt seit vielen Jahren nicht mehr verlassen. Verständlicherweise war die Tatsache, nach vielen und vor allem harten Jahren bedrückender Erwerbslosigkeit wieder einmal neue Eindrücke zu gewinnen, für alle, besonders aber für die Väter kinderreicher Familien ein unermesslich freudiges Ereignis.

Die Anregung zu einer derartigen Freizeit ging von einem für die Arbeit an den Erwerbslosen sehr aufgeschlossenen Pfarrer einer Gemeinde in Berlin-Wedding aus. Sozialpfarrer Poelchau und seine Mitarbeiter aus der Gruppe „Erwerbslose“ des Laintages taten selbstverständlich alles, was in ihren Kräften stand, um den Plan in die Tat umzuwandeln. Großes Verständnis zeigte auch Bischof D. *Dibelius*, der einen ansehnlichen Betrag zum Bestreiten der Fahrtkosten zur Verfügung stellte. Mit Spenden einiger Gemeinden ließ sich die Voraussetzung für das Gelingen der Freizeit vollends schaffen. Eine bedeutende Lebensmittelspende des Evangelischen Hilfswerks in Bayern ließ die Möglichkeit zu, die Verpflegung zusätzlich aufzubessern. Besonderes Entgegenkommen aber zeigte auch der Pächter der Burg Giech, *Herzog*, der den „Berliner Jungens“ freie Unterkunft und Verpflegung gewährte und ihnen eine in jeder Weise fürsorgliche und liebevolle Betreuung angedeihen ließ. Die Berliner Erwerbslosen dankten dem Päch-

ter für dieses Entgegenkommen, indem sie täglich freiwillig einige Stunden arbeiteten.

Die Tage waren ausgefüllt mit den täglichen Morgen- und Abendandachten, mit Gesang und Musizieren und nicht zuletzt mit ausgiebigen Diskussionen, u. a. über die Themen „Kirche und Arbeiter“ und „Rechte Bruderschaft“. Selbstverständlich kamen auch Wanderungen in die Umgebung Bambergs nicht zu kurz. Nicht selten bot sich dabei Gelegenheit, schöne alte Kirchen oder malerische Winkel in Bamberg selbst zu besichtigen oder kennenzulernen. Die Gemeinde Bamberg und der dortige Jugendpfarrer *Kessler* ließen es sich darüber hinaus nicht entgehen, den Berliner Besuch gelegentlich gastfreundlich zu bewirten.

Zu einem Erlebnis eigener Art gestaltete sich ein Zusammentreffen mit der Diasporagemeinde Scheßlitz, die hauptsächlich Heimatvertriebene aus Schlesien, Ostpreußen und dem Sudetengau birgt. Sie alle wollten vor allem einmal etwas von der „Insel Berlin“ und von dem Leben in der DDR hören.

Es braucht abschließend wohl nicht besonders erwähnt zu werden, daß der „Täpetenwechsel“ allen Teilnehmern neue Kraft und neue Zuversicht gegeben hat. Es wäre daher nur zu begrüßen, wenn dieser glückliche Versuch, der notleidenden Berliner Arbeiterschaft ein paar Urlaubswochen in der Bundesrepublik zu gewähren, allenthalben Schule machen würde. Der Möglichkeiten gibt es viele, sei es auf indirektem Wege, etwa durch finanzielle Unterstützung dieses Werkes der Nächstenliebe, oder sei es auf direktem Wege durch Aufnahme von einzelnen Erwerbslosen für einige Wochen der Erholung. Sozialpfarrer Poelchau nimmt jedes Angebot oder auch nur den kleinsten Hinweis, wie eine Hilfe zu

ermöglichen wäre, dankbar entgegen. Wie auch immer — für die schwergeprüften Erwerbslosen in Berlin wäre es eine unermessliche seelische und körperliche Stärkung.

*

Kurhessen-Waldeck. Mit sonntäglichen Arbeitertreffen an verschiedenen Orten setzte Sozialsekretär *Werner Hartmann* in diesem Sommer die Arbeit des Winterhalbjahres, in dem elf Wochenendtagungen für Arbeiter mit guten Erfolgen durchgeführt wurden, fort. Zu den sonntäglichen Versammlungen werden alle diejenigen eingeladen, die schon einmal an einer Tagung teilgenommen haben; selbstverständlich vergrößert sich der Teilnehmerkreis durch Neuhinzukommende — Freunde und Bekannte — ständig.

Zunächst fand eine Zusammenkunft von Bergleuten des Kurhessischen Kupferschiefer-Abbaugebietes in der Neusiedlung Cornberg nahe an der Zonengrenze bei Sontra-Nentershausen statt. Dabei referierte Sozialsekretär Hartmann über das Thema „Gibt es einen gerechten Lohn?“ Die anschließenden Diskussionsbeiträge drehten sich im wesentlichen um die Frage, wieweit die Aufrechterhaltung eines Zuschußbetriebes, wie ihn dieser Sektor des Bergbaues darstellt, volkswirtschaftlich überhaupt verantwortet werden kann und ob Christen im Blick auf die große menschliche Not, die durch die Stilllegung des Betriebes entstehen würde, ohne Rücksicht auf den volkswirtschaftlichen Wert für die Fortführung eines derart unrentablen Betriebes eintreten müßten. Ähnliche Zusammenkünfte wurden in der Rhön, in Fulda, Kassel und Waldeck-Korbach durchgeführt.

Zu einem kirchlich-sozialen Lehrgang trafen sich etwa 30 Männer aus allen Berufszweigen auf der Heimvolkshochschule des Landes in Fürsteneck. Das Thema lautete „Du und deine Familie, dein Beruf, dein Betrieb, deine Gemeinde und dein Volk“. Ferner wurde über das Wesen der Sekten gesprochen, über die Demokratie in der Schweiz, über die protestantische Stellung zum Bonifatiusjahr, über Probleme des Arbeitseinsatzes und nicht zuletzt über die bolschewistischen Methoden der Ausbildung von Vertrauensleuten und Agenten. Für

diese Themen waren neben dem Landesmännerpfarrer der Bürgermeister von Hünfeld, der Arbeitsamtsdirektor von Hersfeld und ein Religionswissenschaftler als Referenten gewonnen worden. Derartige Tagungen sollen im Herbst wiederholt werden.

*

Hamburg. Nachdem das Evangelische Männerwerk in Hamburg bereits mehrfach die Geistlichen wie auch die Vikare und Hilfsprediger zu Besichtigungen Hamburger Betriebe eingeladen hatte, folgte im Juni eine Exkursion durch den Hamburger Hafen. Es kam darauf an, den Geistlichen durch eigenes Erleben einen lebendigen Eindruck von dem Arbeitsplatz, der Arbeitsweise und dem Miteinander der Männer zu geben, die zu ihren Gemeinden gehören und deren Fragen sie nur dann ganz verstehen können, wenn sie wissen, wie es um das Leben der einzelnen bestellt ist. In diesem Sinne war die ganztägige Veranstaltung, die durch alle Hafenbecken, auf die Kais und in die Lagerschuppen führte, mit einer Besichtigung einer der größten Margarinefabriken von Harburg und einem Zusammensein in der Seemannsmission in Hamburg-Harburg abschloß, eine — wie auch von allen Teilnehmern bestätigt wurde — sehr notwendige Unterrichtung. In einem Gespräch mit Betriebsräten und Arbeitern wurden auch die Verbindung von Mensch zu Mensch geschaffen und neue Einsichten vermittelt, die für die seelsorgerliche Arbeit von großer Bedeutung sind. Die Informationen über den gesamten Hafenkomplex gab in Vertretung von Senator Plate Herr Oberregierungsrat *Behnke*, der den Teilnehmern den Blick öffnete für die Aufgabe Hamburgs als Tor zur Welt.

Hamburg. Das Evangelische Arbeiterwerk in der Hamburger Männerarbeit versammelte in zwei Betriebsdiskussionen in einer Hauptwerkstatt der Hamburger Hochbahn 800 Arbeiter und Männer des Fahrpersonals um die Frage Christ und Betrieb. Es gab bisweilen harte Kritik an der Kirche, aber auch Freude und Zustimmung für die Gelegenheit einer solchen Aussprache. Am Schluß wurde der Wunsch laut, das Gespräch weiterzuführen.

*

Gelnhausen. Im Burckhardthaus waren etwa vierzig junge Arbeiterinnen aus Industriebetrieben zu einer Arbeitstagung zusammengekommen, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam über den weiteren Weg der Arbeiterinnen-Arbeit zu beraten. Dabei berichteten unter anderem Gäste aus der Ostzone, aus Österreich, aus Schweden, aus der Schweiz und aus Australien über die Lage der Arbeiter in der Industrie ihrer Länder. Außer der Unterrichtung über den Aufbau des Betriebes, die gesetzliche Grundlage der Mitbestimmung und Mitwirkung der Arbeitnehmer sowie über das Betriebsverfassungsgesetz, wurden Fragen des Christseins im Betrieb behandelt.

An einem Nachmittag spielten sich einige Gruppen gegenseitig einige Situationen aus dem Betriebsleben vor, wie sie die einzelnen selber erlebt hatten. Und jede dieser Szenen war eine Frage und oft auch ein Hilferuf an alle die anderen jungen Menschen: Was soll ich antworten, wenn die

anderen mich wegen meines Christseins verspotten? Was sollen wir tun, wenn der Meister Launen hat? Wer hilft, wenn der Vorarbeiter ungerecht ist? Und dazwischen leuchtete dann eine kleine Szene auf: zwei trafen sich im Betrieb, die vorher nie voneinander gewußt haben, daß sie Christen sind.

In der Schlußaussprache wurde beschlossen, auf Bundesebene einen Arbeitnehmerinnen-Beirat zu bilden, der von Zeit zu Zeit zusammentreten und über die weitere Arbeit beraten soll.

*

Lippe. Der Leiter der Männerarbeit der Reformierten Kirche in Holland, Studentenfarrer *Marcel A. Krop* aus Groningen, hat auf Einladung der Männerarbeit die Lippische Landeskirche besucht und in einer Reihe von Gemeinden und bei einem Bezirksmännertag Vorträge über die kirchliche Lage in Holland, u. a. auch über die dortige Männerarbeit, gehalten.

Unsere Leser haben das Wort

Unter dieser Überschrift können alle unsere Leser und Freunde der Zeitschrift ihre persönliche Meinung äußern. Sei es nun eine Stellungnahme zu einem der Artikel in der vergangenen Ausgabe von „Die Mitarbeit“ oder zu sonst einem aktuellen, die Öffentlichkeit interessierenden Ereignis. Jedoch geben die Leserzuschriften, die jeweils auf den letzten Seiten unseres Heftes erscheinen, nicht immer auch die Meinung der Redaktion wieder.

Als ein entschiedener Gegner der heutigen Einheitsgewerkschaften beschäftigt sich ein in der evangelischen Männerarbeit sehr aktiver Leser aus Gütersloh in Westfalen nochmals mit dem Thema: „Christliche Prozeßvertreter wieder zugelassen“ (Heft 3 „Die Mitarbeit“, 3. Jg.). Er kommt demgemäß auch zu anderen Schlüssen als der Schreiber der vorangegangenen Zeilen. Sein Leserbrief enthält darüber hinaus den Aufruf an alle christlichen Arbeitnehmer, noch viel aktiver und vor allem einsatzfreudiger für den christlichen Glauben in den Fabriken einzutreten.

„Der Paragraph 11 des ArbGG stellt eindeutig fest, daß Arbeitnehmer nicht nur durch Gewerkschaftsfunktionäre vertreten werden brauchen. Daß dieser Paragraph eingeführt wurde, ist für die Arbeitnehmerschaft von großer Bedeutung. — Vergessen wir nicht,

daß heute in der Gewerkschaft nur 6 Millionen organisiert sind, also demnach rund 10 Millionen die Gewerkschaft ablehnen bzw. ihr fremd gegenüberstehen. Hier müssen wir uns fragen, warum ist das so? Lassen wir die politische Gegnerschaft zum DGB ganz beiseite und sehen uns nur die uns weit näherstehenden christlichen Arbeitnehmer an. Ein Arbeiter oder Angestellter, der mit offenen Augen in die Welt sieht, wird doch ohne weiteres auf den Ursprung und die Initiatoren der heutigen Gewerkschaftsbewegung zurückkommen. Hier kommt er aber zu dem Ergebnis, daß sich die Gewerkschaften aus der SPD, oder noch weiter zurück, aus den Ideen von Karl Marx und Friedrich Engels entwickelt haben. Hier denkt der christliche Mensch weiter und fragt sich, welche Theorien hat der Marxismus aufgestellt? Und hier kommt dann der Gedanke und der Satz zum Vorschein: Religion ist Opium fürs Volk. Also muß er als überzeugter Christ die Gewerkschaften ablehnen.

Hat nun die Gewerkschaft eine Monopolstellung im Staat und in der Arbeitsgerichts-sache erreicht, ist der Christ als Arbeitnehmer rechtlos, wenn er nicht dieser Monopol-gesellschaft angehört. Er ist nun als Christ gezwungen, einen Teil seiner Ansichten über Bord zu werfen. Hierfür ist nun der Paragraph 11 des ArbGG gedacht, um auch dieser Gruppe zu ihrem Recht zu verhelfen. Daß diese Vertretung nur durch Organisationen geschehen kann, die sich nur aus Arbeitnehmern zusammensetzen, dürfte wohl klar sein. Aber warum ist nun der christliche Arbeitnehmer nicht schon soweit, um dies, sein Ziel, durchzuführen?

Die Aktion Evgl. Arbeitnehmer ist gut, dies vor allem vorweg! Aber packt sie diese Probleme an? Das ist eine andere Frage. Das Wort 'Aktion' sagt doch alles! 'Aktiv werden' steckt darin. Den Arbeiter in der Fabrik, den Angestellten im Büro ansprechen, aktiv für den christlichen Gedanken werben, wenn es sein muß, auch kämpfen. Sprecht den Christen auf den Männerabenden an! Bringt auf den Männerabenden aktuelle Themen! Holt Euch die Menschen heran, die sich ihren Glauben bewahrt haben, aber schon zu gleichgültig geworden sind, diesen, ihren Glauben nach außen zu vertreten. Wo findet Ihr noch einen Mann, der offen seinen Glauben vertritt?

Gehen Sie in die Betriebe, reden Sie mit den Männern am Schraubstock. Was sagen die Ihnen? 'Lassen Sie doch nicht die Evgl. Kirche immer weltfremder werden!' So geht es also nicht. Die Kirche muß sich der Gegenwart anpassen, auch wenn sie für die Ewigkeit ist. Die Kirche muß aktiv werden. Sprecht die Männer der Kriegsjahrgänge an. Holt Euch Männer heran und macht sie zu Menschenfischern wie auch Petrus einer war. Laßt diese Männer gerade stehen und stellt Euch hinter sie. Dann sprechen sie mit Martin Luther allem Hohn und Gespött zum Trotz: Hier stehe ich, ich kann nicht anders!"

Heinz Schuster

Eine ergänzende Stellungnahme zu dem in der Kirchentagsnummer der „Mitarbeit“ (Heft 4) veröffentlichten Artikel „Unterwegs nach Berlin“ sandte uns einer unserer Berliner Leser, der in der ehemaligen Reichshauptstadt studiert und öfter mit dem Motorrad nach Westdeutschland unterwegs ist. Seine Beobachtungen weisen einen gangbaren Weg — wenn auch natürlich nur einen von vielen.

„Ich fand in einer der letzten Nummern einen Artikel von Christl Tropfstein 'Unterwegs nach Berlin' und der reizt mich zu einem Kommentar, denn ich kann dem Bericht nicht in allen Stücken zustimmen. Ich studiere nun schon zwei Semester in Berlin und bin öfters hin- und hergefahren, und zwar auch mit dem Motorrad. Ich hatte also, was die äußeren Umstände des Grenzübergangs betrifft, die gleiche Position wie der Verfasser. Aber unsere Optik ist verschieden.

Ich hatte die feste Absicht, bei meinem ersten Übergang alle Impressionen möglichst sachlich und genau zu registrieren. Natürlich drängte sich auch mir das Gefühl der Andersartigkeit schlagartig auf. Als erstes sah ich den russischen Wachtposten in seinem Schilderhaus lehnen. Es war der erste uniformierte Russe, den ich nach 1945 zu Gesicht bekam, und er war wirklich so, wie man ihn sich vorstellte: hohe schwarze weiche Stiefel, erdbrauner Rock, die MP über der Schulter — und vor allem sein Gesicht. Es war eben doch ein bißchen asiatische Maske, undurchdringlich, mit dem zusätzlichen

Ausdruck des gelangweilten Siegers. Die abgeblätterte Farbe an Baracken, Stühlen und Fahnenmasten fiel auch mir auf, ebenso die verblichenen Schablonen-Sprüche und die gezeichneten Politikerköpfe, die dem Ganzen in der Tat einen lieblosen und dürftigen Charakter geben. Aber erbärmlich fand ich diese Welt eigentlich nicht. Trotz schief-sitzender Koppel an ärmeligen Gestalten junger Vopo's, trotz junger Mädchen in Zivil, in abgetragenen Trainingsanzügen usw. Denn es war Leben da, es bewegte sich, lief hin und her. Dieser Eindruck ändert sich erst, wenn man die Baracke betritt. Hier verstummen die Menschen plötzlich, als hätten die Wände Ohren. Eine ungewisse Spannung liegt über dem Raum. Ich sah mir weniger die Gesichter der hier in extremen Großaufnahmen dargestellten Politiker an, sondern beobachtete unausgesetzt die Gesichter der jungen Menschen, die da als kleinere und größere Funktionäre dieses Staates herum-liefen, saßen oder arbeiteten. Ich suchte nach dem Menschen in ihnen. Und ich habe — als Summe vieler Beobachtungen — zu meiner ganz großen Beruhigung heraus-gefunden: Sie lassen sich nicht alle über einen Leisten schlagen. Es sind nicht nur Roboter, Funktionäre — Gottseidank! Ich habe manch beruhigend solides, absolut ehrliches Bauerngesicht unter ihnen gesehen, manchen, der in einem unbewachten Moment schnell einen ‚privaten‘ Blick auf die Leute jenseits seines Schalters warf.

Auch bei der Durchsuchung gibt es solche und solche. Selbst wenn man berücksichtigt, daß Westdeutsche bzw. -berliner im allgemeinen besser behandelt werden, bleiben Unterschiede auf Seiten der Beamten. Ich sah zu, wie ein sehr junger FDJ'ler eine Be-wohnerin der Ostzone kontrollierte. Er war bleich, seine Lippen zusammengekniffen und seine Augen kalt, als er sein ‚Opfer‘ hetzte. Dennoch hatte ich den Eindruck, daß ihm nicht völlig wohl war in seiner Haut; vielleicht galt seine eiskalte Abweisung auch dem eigenen Gewissen? Bei solchen Gelegenheiten, wie z. B. der Gepäckkontrolle, versäume ich nie, auf irgendeine Weise einen Satz zu finden, der dem Gegenüber die Möglichkeit bietet, etwas Nichtdienstliches zu antworten. Es sind oft die banalsten Dinge. Und meistens gelingt es auch, irgendeine ‚private‘ Antwort herauszulocken, einen winzigen Moment lang eine exklusive Beziehung des ‚Gesprächs‘ zwischen ‚uns zwei‘ herzu-stellen, die den Einfluß der Umgebung für einen unwägbaren Augenblick ausschaltet. Unvergeßlich ist mir die Reaktion eines jungen Vopo's, dem ich auf sein stereotypes ‚Frohe Weihnachten‘ antwortete: ‚Ihnen aber auch!‘ Für eine Sekunde verwandelte sich sein Gesicht, er sah mich an und sagte: ‚Oh, danke!‘ Und dann: Ruck... wieder das Dienstgesicht heruntergeklappt, weiter. Natürlich ändert sich das ‚Klima‘ bei jedem Übergang, nie ist die Stimmung gleich. Schon beim Anfahren merkt man am Tempo der vorrückenden Fahrzeuge, ‚heute schikanieren sie ein bißchen‘, oder ‚heute betont sachlich‘. Natürlich ist der Vorgang im Grunde sinnlos, aber ich fühle mich genötigt, die Menschen dort in ihrer vielfach erzwungenen Tätigkeit zu verteidigen. Es ist nicht nur ‚Herrschaft der Bürokraten‘, das ist es auch.

Wenn man als Motorradfahrer einen östlichen Kollegen allein auf einem Parkplatz halten sieht, sollte man sich dazustellen. Auf dem Wege über eine technische Bemerkung findet sich immer die Möglichkeit zu ein paar ‚normalen‘, weil unnormierten Sätzen. Vielleicht übertreibe ich da, aber wenn immer ich vor der Magdeburger Elbebrücke war-ten mußte, (wobei der Vergleich im Aufbautempo einer Brücke in Ost und West nicht gerade zugunsten des Henneckesystems ausfällt), suchte ich mir einen Platz neben einem östlichen Kollegen, und wenn es nur eine Zigarette ist, die man anbieten kann, oder ein freundliches ‚Guten Appetit‘ — man sollte den unsichtbaren eisernen Vorhang zwischen den Einzelnen auf diese Weise nach Kräften und ununterbrochen durchlöchern. Natürlich kann es riskant sein, den Leuten auf den Feldern oder den Bauarbeitern zuzuwinken oder zu hupen, aber es freut sie, und sie grüßen meistens wieder. . . . Man sollte auch nicht übersehen, daß an zahlreichen Stellen der Autobahn Berlin—Helmstedt repariert wird. Sie tun also etwas, das sollte man ruhig anerkennen. Trotz allem wird man das gewisse Gefühl in der Magengrube nicht ganz loswerden, so oft man sich dem östlichen Kontrollpunkt nähert. Aber der Wille, sich nicht imponieren zu lassen und die Absicht, wenn irgend möglich etwas ‚Privates‘ zu tun, geben der Sache die richtige Perspektive. Denn es bleibt dabei: Eines Tages muß dieser Wahn-sinn ein Ende haben. . . .“

J. R.